

Demonstration
16. Juni 2001
Göteborg/Schweden

widerstand international!

Nein zum Europa der Banken und Konzerne

Am 16.6. treffen sich in Göteborg die Regierungsvertreter der EU, um die neuesten Richtlinien europäischer Politik zu besprechen. Na und, mag man sich denken: BSE und MKS, Blendgranaten auf palästinensische Schulkinder, Bomben auf Bagdad, Klon-Pläne von Wissenschaftlern, Anbau von Gen-Nahrung, überall in Europa wird weiter Atomstrom produziert, dazu Millionen Arbeitslose: Viele gute Gründe, um über Landesebene hinaus zu handeln! Unglücklicherweise hat so ein Gipfel aber ganz andere Themen, und die Politik wird nicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung, sondern nach den Interessen der Bosse gemacht.

Von David Schultz, Kassel

EU-Richtlinien sind seit Jahren willkommene Blankoentschuldigungen für kürzende Regierungen. Ende der 80er Zechen- und Hüttenschließungen im Ruhrgebiet: „Brüssel hat Deutschland halt nicht genügend Subventionen genehmigt“ – eine gute Ablenkung von den Milliardenkonten der Krupps und Thyssens. Die ganzen 90er Jahre über Sparpaket um Sparpaket „um die Konvergenzkriterien für die EURO-Mitgliedschaft zu erfüllen“ – aber kein Wort, dass die Staatskassen leer sind, weil viele Großkonzerne keine Steuern zahlen. Seitdem überall weiter Kürzung um Kürzung: Studiengebühren in Britannien, Renten„reform“ in Frankreich: alles auch hierzulande wohlbekannt.

Festung Europa

Und überall auch die gleichen ideologischen Angriffe: Staatlicher Rassismus wohin man blickt. IT-Experten willkommen, politische Flüchtlinge sollen gefälligst zuhause bleiben. Und dann heucheln die Regierungen Unverständnis über die Wahlerfolge der Haider und Le Pens, während sie selber Sonntags gegen Rassismus reden und Montags abschieben. Überhaupt gehört das

Konzept „Festung Europa“ auch in Göteborg zu den Tagesordnungspunkten. Eine 60.000 Mann starke „Krisenreaktionstruppe“, ist geplant, damit auch Europa seine Muskeln spielen lassen kann. Nicht die einzige Kampfansage an den Weltpolizist USA. Binnen 10 Jahren will Europa die USA als wettbewerbsstärkste Region der Erde überholen.

**Liberalisierung
+ Flexibilisierung
+ Deregulierung
= Kapitalregierung**

Telekommunikation, Postwesen, Energieversorgung – wo es bis jetzt noch staatliche Versorger gibt, soll spätestens ab 2004 das Kapital versorgen – und zwar sich selbst mit Gewinnen. Die Folgen sind neben Massenentlassungen und Verschlechterung der Bedingungen natürlich auch eine Verschlechterung des Service. Beispiel Kalifornien: Privati-

sierte Stromversorger sind in der Hochburg des Kapitalismus offensichtlich nicht in der Lage, 24 Stunden am Tag Strom zu produzieren. Und da Schweden für seine EU-Ratspräsidentschaft ein Forcieren der Liberalisierung versprochen hat, werden in Göteborg sicher noch mehr Bereiche zur Debatte stehen. Ob nämlich Gesundheitswesen, Trinkwasserversorgung oder Bahnverkehr: Kein Bereich scheint lebenswichtig genug zu sein, ihn nicht den Bonzen zu verschauern.

Wann, wenn nicht jetzt? – Widerstand international!

Aber der schwedische Ministerpräsident Persson hält noch einen weiteren Hammer bereit: Ein verstärktes Zuwenden zur Bio- und Gentechnik müsse auf den nächsten EU-Gipfeln beschlossen werden. All diese Pläne werden kleine, auf den nationalen Rahmen beschränkte

Abwehrbewegungen nicht aufhalten können. Nationale Regierungen werden sich immer auf die Weisungen der EU oder der Europäischen Zentralbank zurückziehen. Nur eine internationale Bewegung, die sich auf allen Ebenen gegen die Politik der Banken und Konzerne wendet, kann wirklich etwas verändern. Erste Schritte zur Vernetzung betrieblicher Kämpfe gibt es bereits, wie die europaweiten Streiks in General-Motors/Opel-Betrieben gezeigt haben. Und auch die EU-Gipfel in Köln und Amsterdam wurden von breiten, internationalen Protestdemonstrationen begleitet. Der Gipfel von Göteborg kann ein neuer Höhepunkt internationaler Proteste sein. Der Schwung einer neuen, antikapitalistischen Bewegung, wie sie sich in Seattle, Prag und Nizza gezeigt hat, kann den Widerstand auf eine neue Stufe heben. Denn letztendlich kann sich der Protest nicht nur gegen die politischen Stellvertreter richten, wir müssen den

tatsächlichen Entscheidungsträgern in den Chefetagen der Banken und Konzerne die Welt aus der Hand nehmen.

Jugendliche werden in der sich entwickelnden antikapitalistischen Bewegung eine entscheidende Rolle spielen. Deshalb ergreift die SAV die Initiative zum Aufbau der Kampagne „Widerstand International – gegen das Europa der Banken und Konzerne“, in der sich vor allem SchülerInnen, Studierende und Azubis gegen den EU-Kapitalismus und für eine lebenswerte Zukunft organisieren.

Denn nur dann, wenn nicht mehr nach den Prinzipien des maximalen Profits gehandelt wird, können wir eine Welt ohne Hunger und Krieg, mit sauberer Energie, freier Bildung und funktionierender Gesundheitsversorgung aufbauen; eine Welt, in der es sich lohnt zu leben. Aber um das übermorgen zu erreichen, sollten wir uns morgen in Göteborg treffen, denn auch der längste Weg beginnt mit dem ersten Schritt! ■

für eine internationale antikapitalistische Bewegung



Kontakt: Mail: widerstand_international@web.de Voicebox/Fax: 0180/ 50 52 58 81 13 56

BALKAN
Kriegsgefahr in
Makedonien

Seite 2

VERDI
Aufgaben für die innerge-
werkschaftliche Opposition

Seite 4

KUBA
Zwischen Imperialismus
und Revolution

Seite 6-7

LATEINAMERIKA
Aufruhr in Mexiko
und Argentinien

Seite 8

Stuttgart Gelungener SAV-Wahlkampf

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg ist die SAV im Wahlkreis 1 in Stuttgart mit Tinette Schnatterer als Einzelkandidatin angetreten. Wir konnten 0,4 Prozent, das heißt 208 Stimmen erreichen, im Vergleich zu 70 Stimmen bei der letzten Bundestagswahl ein großer Erfolg!

Die Hauptthemen der SAV im Wahlkampf waren der Kampf gegen Nazis, Proteste gegen die Castortransporte, die Forderung nach

dem sofortigen Atomausstieg, und der Kampf gegen Elitebildung. Anders als der Wahlkampf der übrigen Parteien hat unser Wahlkampf vor allem auf der Straße stattgefunden. Die SAV-Mitglieder haben sich aktiv an einer Demo gegen die Republikaner am 5. März beteiligt, zu der unter anderem auch der DGB und die Gewerkschafts-Jugenden aufgerufen hatten, und die ganzen letzten Wochen zur Anti-Castor-Demo nach Kehl mobilisiert. In Kehl konnten am Tag vor der Wahl 6

InteressentInnen gemacht, 47 VORANs verkauft und knapp 300 Mark für den Spendenfonds gesammelt werden.

Die SAV-Kandidatur war außerdem der Versuch, die Forderungen aus der Schülerbewegung im letzten Jahr, gegen „Oberstufenreform“ und Elitebildung auch auf die Wahlebene zu bringen. Wir haben es mit der Kandidatur geschafft, unsere Bekanntheit zu vergrößern, einige neue Leute mit unserem Programm zu erreichen und 15 Leute getroffen zu haben, die starkes Interesse an der SAV haben.

Tinette Schnatterer,
Stuttgart

Daewoo, Südkorea Erbitterter Kampf um Arbeitsplätze

Als Folge der Südostasienskrise war Daewoo, der zweitgrößte Chaebol (Mischkonzern) Südkoreas, 1999 Pleite gegangen. Seine Autotochter Daewoo Motors wurde ausgegliedert. In den letzten Monaten hatte Daewoo durch Druck und Abfindungen Tausende KollegInnen zur „freiwilligen“ Kündigung genötigt.

Wie in der letzten VORAN berichtet, hatten im Kampf gegen die Entlassung von 1.750 KollegInnen ArbeiterInnen das Werk Pupyong in der Hafenstadt Inchon besetzt. Trotz der Räumung durch 4.000 Bereitschaftspolizisten wird die Gegenwehr fortgesetzt.

Am 7. März versuchten die Entlassenen, wieder an ihre Arbeitsplätze zu gehen, und wurden von der Polizei brutal gehindert.

10.000 Polizisten besetzten das ganze Viertel und terrorisierten die Bevölkerung. ArbeiterInnen und Studierende aus dem ganzen Land solidarisierten sich mit den Streikenden.

Der gewerkschaftliche Dachverband KCTU fordert zur Rettung der Arbeitsplätze die Verstaatlichung von Daewoo. Aber die Regierung bildet lieber eine Sonderinheit zum Kampf gegen Molotow-Cocktails und lässt die betrieblichen Gewerkschaftsführer steckbrieflich suchen. Diese müssen wie früher unter der Diktatur auf Kirchengelände Schutz suchen. 260 Demonstranten wurden bisher verhaftet.

Das brutale Vorgehen der Regierung gegen die Streikenden heilte viele ArbeiterInnen von ihren letzten Illusionen. Präsident Kim Dae Jung war während der Militärdiktatur selber in der Opposition, betreibt heute aber eine knallharte neoliberale Politik. Die KCTU begann eine Kampagne zum Sturz der Regierung, die im April zu einem Generalstreik führen soll.

Wolfram Klein, Stuttgart



Aktuelle Informationen unter:
www.labournet.de
Solidaritätserklärungen können geschickt werden an: dwtubon@nodong.net



Gesucht – der Ex-Firmenboss Kim Woo Choong, der sich ins Ausland abgesetzt hat. 16 Milliarden Dollar hat Woo Choong beiseite geschafft

unser standpunkt

Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen: Wahlverlierer sind ArbeiterInnen und Jugendliche

Die Kommunalwahlen in Hessen und die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben einmal mehr gezeigt: Immer mehr Menschen sehen in den bestehenden Parteien keine Alternative. An den Landtagswahlen beteiligten sich gerade noch gut 62 Prozent (in Rheinland-Pfalz sank die Beteiligung von 1996 70,8 auf 62,1 Prozent). In Hessen gingen nur noch 53,1 Prozent der Wahlberechtigten zu den Urnen. Ein Fünftel weniger als bei der letzten Wahl. In Städten wie Frankfurt, Fulda oder Kassel lag die Wahlbeteiligung bei nur noch 45 bis 47 Prozent.

Nachdem die hessischen WählerInnen den Wahllokale in Scharen fern geblieben waren, hatten die Bürgerlichen schnell eine Erklärung parat: Das neue Wahlrecht, das erstmals Panaschieren und Kumulieren zuließ, sei dafür verantwortlich. Immer wieder finden die Etablierten neue Gründe, warum Menschen nicht zur Wahl gehen: War es in der Vergangenheit die so genannte Politikverdrossenheit oder das schlechte Wetter, soll es nun das Wahlrecht sein. Der Grundsatz dabei bleibt immer gleich: Niemals sind es die Parteien, die die Verantwortung tragen.

Auch wenn sich Kurt Beck (SPD) in Rheinland-Pfalz, Erwin Teufel (CDU) in Baden-Württemberg und die CDU in Hessen zu den Wahlsiegern erklärt haben, wurde keiner von ihnen von mehr als 20 bis 30 Prozent der Wahlberechtigten gewählt.

Kein Wunder, unterscheiden sich die etablierten Parteien doch kaum und arbeiten sich munter einander zu, wenn es um die Durchsetzung der Kapitalinteressen geht: Ob das umweltfeindliche und milliardenteure „Stuttgart 21“ oder der Ausbau des Frankfurter Flughafens. In Baden-Württemberg war die Bildungspolitik Wahlkampfthema Nr. 1 – die einfache Wahrheit ist allerdings, dass die von CDU und FDP im Land eingeführten Studiengebühren (zum Beispiel 1.000 Mark für „LangzeitstudentInnen“) auch unter einer rot-grünen Bundesregierung weiter gelten.

Vor dem Hintergrund von den ersten Castor-Transporten unter Rot-grün brachen vor allem die Grünen ein: In Baden-Württemberg verloren sie fast 5 Prozent, in Rheinland-Pfalz mussten sie bis zuletzt um ihre Sitze im

Landtag bangen. In Hessen waren sie schon froh, dass sie nur 2,4 Prozentpunkte im Schnitt verloren haben. Aber auch dort sah es in ihren Hochburgen anders aus: in Marburg zum Beispiel verloren sie 4,3, in Frankfurt fast 4 Prozentpunkte. Am Main erreichten die Grünen Briefe mit zerrissenen Stimmzetteln, mit Bemerkungen von WählerInnen, dass es keinen Sinn mehr habe zu wählen, da sich eh nichts ändere.

Wo bei den hessischen Kommunalwahlen KandidatInnen links vom Establishment antraten, konnten sie gute Ergebnisse erzielen: In Frankfurt holte eine unabhängige Liste (FAG), die sich gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens engagiert, 3,8 Prozent und 4 Sitze. Ökolinx, die Liste von Jutta Dittfurth, konnte in Frankfurt ebenfalls einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung holen. In Marburg kam die PDS auf 6,2 Prozent, in Kassel auf fast 3,5 Prozent. Landesweit konnte sie 12 Mandate holen.

Die Faschisten erlitten eine herbe Wahlschlappe: In Baden-Württemberg verpassten die Republikaner den Wiedereinzug in den Landtag und stürzten von 9,1 auf 4,4 Prozent ab. Auch bei den hessischen Kommunalwahlen sanken die REPs landesweit von 6,6 auf 2,5 Prozent. Die NPD, die in Hessen nicht flächendeckend kandidiert hatte, verlor absolut fast drei Viertel ihrer Stimmen. Allerdings konnte sie in einigen Hochburgen zweistellig bleiben: In Wölfersheim sank die NPD um fast 10 Prozentpunkte auf 12,9 Prozent, in Leun verlor sie von 21,5 Prozent auf 10 Prozent.

Die Faschisten haben die Quittung dafür bekommen, dass sie keine politische Lösung bieten. Wo sie im Parlament saßen, wie die REPs in Baden-Württemberg in den letzten zwei Legislaturperioden, wurde dies noch offensichtlicher.

Allerdings konnte auch die CDU, die in den Wahlkämpfen verstärkt auf die rassistische Karte setzte, Stimmen aus dem rechtsextremen Lager bekommen.

Es gibt nur eine Konsequenz aus den Wahlen im März: Der Aufbau einer neuen Partei für ArbeiterInnen, Jugendliche und sozial Benachteiligte, die sich nicht der Diktatur des Marktes beugt, und erste Anfänge in diese Richtung sind dringender denn je. ■

Makedonien-Krise Der nächste Balkan- Krieg?

Die Auseinandersetzungen zwischen der albanischen Nationalen Befreiungsarmee (UCK) und der makedonischen Armee in der Grenzregion Makedoniens zum Kosova könnten sich zum fünften Balkankrieg seit dem Zerfall Jugoslawiens Anfang der 90er Jahre entwickeln. Doch dieses Mal ist die Ausdehnung eines Krieges auf den gesamten Balkan eine Möglichkeit. Dementsprechend halten ein paar tausend albanische UCK-Kämpfer die Welt in Atem.

Von Vlado Bacic, Berlin

Die nationale Frage ist in erster Linie eine Frage von Brot. Mit dieser These wollte der russische Marxist und Revolutionär Lenin sagen, dass nationalen Konflikten soziale Ungleichheit und soziale Konflikte zu Grunde liegen. Dies war zweifellos bei allen Kriegen auf dem Balkan in den letzten Jahren der Fall.

Fast vier Jahrzehnte lebten die verschiedenen Völker Jugoslawiens nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend friedlich miteinander. Dies war möglich, weil es stetiges Wirtschaftswachstum und einen wachsenden Lebensstandard für die Masse der Bevölkerung in allen Volksgruppen gab. Damit war Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre Schluss. Um die multinatio-

nale Arbeiterbewegung, die sich 1988 entwickelte, zu desorientieren, setzten die herrschenden Eliten in den verschiedenen jugoslawischen Teilrepubliken auf nationalistische Propaganda. „Teile und herrsche“ wurde einmal mehr zur Leitlinie der Mächtigen.

Die Wiedereinführung kapitalistischer Verhältnisse und die Kriege haben für die Länder des ehemaligen Jugoslawiens eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe bedeutet. Das gilt nicht zuletzt auch für Makedonien.

Makedonien war zwar bisher nicht direkt vom Krieg betroffen, jedoch indirekt. Viele kosovarische AlbanerInnen flohen während des NATO-Krieges nach Makedonien. Der Anteil der albanischen Bevölkerung stieg so von ungefähr einem Viertel auf fast ein Drittel, bei zwei Drittel slawischen Makedoniern. Während die Arbeitslosigkeit insgesamt bei 40 Prozent liegt, hat sie unter der albanischen Bevölkerung 60 Prozent erreicht. Die 90er Jahre haben für Makedonien einen wirtschaftlichen Niedergang bedeutet. Das durchschnittliche Jahreseinkommen pro Person liegt heute bei 1.000 Dollar. In der FAZ vom 15.3.01 wird von einem Metallarbeiter berichtet, der 250 Mark im Monat verdient. Dieselbe FAZ beziffert die Kosten für Lebensmittel für eine vierköpfige Familie mit 400 Mark im Monat.

Viele AlbanerInnen fühlen sich sozial und politisch benachteiligt. Und während sie nicht einer so

direkten und offenen Unterdrückung ausgesetzt sind wie im Kosova unter Milosevic, so ist die Benachteiligung eine Tatsache. Zum Beispiel konstituieren sie kein gleichberechtigtes Staatsvolk wie noch im alten Jugoslawien und werden die Abschlüsse an der seit 1994 bestehenden einzigen albanischen Privathochschule nicht anerkannt.

Kapitalismus ohne Lösung

Die Krise in Makedonien zeigt einmal mehr, dass der Kapitalismus die nationalen und sozialen Probleme auf dem Balkan nicht lösen kann.

Vor zwei Jahren führte die NATO Krieg gegen Serbien und behauptete, dadurch das Selbstbestimmungsrecht der AlbanerInnen im Kosova zu verteidigen. Die SAV argumentierte damals, dass die NATO auch Krieg führte, um die albanischen Rebellen der UCK (Kosova-Befreiungsarmee) unter Kontrolle zu bekommen und die Unabhängigkeit für Kosova zu verhindern. Wir warnten auch davor, dass Konflikte zwischen der NATO und der albanischen Bevölkerung vorprogrammiert sind und schrieben: „Die Unfähigkeit des Imperialismus, die Kriegsschäden zu beheben und das Elend zu beseitigen, wird dem Nationalismus neue Munition liefern. Einige der UCK-Führer behalten sich das Recht vor, alle Albaner des Balkans in einem Großalbanien zu vereinen. Das betrifft nicht nur ein Drittel Mazedoniens, sondern auch Teile Griechenlands und Montenegros. Kombiniert mit der nationalistischen Politik und den Machtinteressen der anderen kapitalistischen Staaten, innerhalb und außerhalb der Region, ergibt sich eine gefährliche Gemengelage, aus der neue Kriege zu entstehen drohen“ (aus VORAN Nr. 207, August 1999).



Makedonisches Militär in Tetovo beim Beschuss albanischer Häuser

Diese Voraussage bewahrheitet sich heute.

Neuer Flächenbrand?

Für nationalistische Bulgaren ist Makedonisch nur ein bulgarischer Dialekt und begründen damit Ansprüche auf Makedonien. Als Makedonien die Unabhängigkeit erlangte, wurde es von keinem seiner Nachbarländer anerkannt. In Griechenland fanden Massendemonstrationen unter dem Motto „Makedonien ist griechisch“ statt und die griechische Regierung startete eine Wirtschaftsblockade gegen den neuen Staat. In Makedonien treffen sich daher die Großmachtinteressen Serbiens, Albaniens, Bulgariens und Griechenlands. Die imperialistischen NATO-Staaten wenden sich gegen

eine Veränderung der Grenzen auf dem Balkan, weil sie fürchten, dies könne zu einem Flächenbrand von Bosnien-Herzegowina bis zur Türkei führen. Dies würde auch die NATO-„Partner“ Griechenland und Türkei auf unterschiedlichen Seiten der Barrikaden vorfinden. Dass Makedonien als gefährlichstes Glied in der Kette betrachtet wird, zeigt sich nicht zuletzt dadurch, dass die NATO dort eine militärische Präsenz hat, zu der ja auch deutsche Truppen zählen.

Sozialistische Konföderation

Doch die imperialistische Balkanpolitik führt von einer Krise zur nächsten. Das Aufbrechen der nationalen Konflikte ist direkt auf die Einführung des Kapitalismus in den 90er Jahren zurückzuführen. Die neuen Kapitalisten und verschiedene imperialistische Kräfte kämpfen um Märkte und Einflussphären. Eine Lösung für den Balkan kann nur durch die Einheit der Arbeiterklasse der verschiedenen Volksgruppen erreicht werden. Dieses Ziel scheint, oberflächlich betrachtet, unerreichbar.

Doch wir wurden auch vor zwei Jahren von vielen ausgelacht, als wir sagten, dass nur die serbische Arbeiterklasse Milosevic stürzen kann. Die serbische Revolution vom Oktober 2000 bestätigte uns.

Sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt und Frieden für den Balkan kann nicht auf kapitalistischer Grundlage erreicht werden. Dazu bedarf es einer wirklichen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts aller Nationen, der Wahrung von Minderheitenrechten und der Bildung einer freiwilligen sozialistischen Konföderation der Balkanstaaten. Dies ist kein einfacher, aber der einzig mögliche Weg. Der erste Schritt auf diesem Weg muss die Bildung unabhängiger sozialistischer Arbeiterparteien sein, die den pro-kapitalistischen Kurs der Regierungen auf dem Balkan ablehnen und bekämpfen. ■

Zur Schreibweise:

Wir benutzen die albanische Bezeichnung „Kosova“ in Anerkennung der Tatsache, dass die große Mehrheit der Bevölkerung aus AlbanerInnen besteht. Für Makedonien benutzen wir

Maul- und Klauenseuche

Der Erreger heißt Profit

Ist die Maul- und Klauenseuche (MKS) die Folge der profitorientierten Agrarwirtschaft? Oder haben die Leute recht, die sagen: „Diese Seuche gibt es seit Menschengedenken, unter allen Formen der Landwirtschaft, intensiv oder extensiv, ökologisch oder nicht“ (Agrarökonom Tangermann in Die Zeit, 22.3.01).

Von Georg Kümmel, Köln

Zu den Fakten: Anders als bei Epidemien in den 30er, 50er und 60er Jahren, breitet sich die Seuche gerade gleichzeitig über mehrere europäische Länder aus. Ursache sind insbesondere die Tiertransporte. Die haben sowohl innerhalb der Länder als auch grenzüberschreitend stark zugenommen.

Innerhalb der EU und in Drittländern wurden laut Bundesverband Tierschutz im Jahre 1998 folgende Tiere lebend über die Grenzen gekarrt: 389 Millionen Geflügel, 6,7 Millionen Schweine, 3,3 Millionen Rinder und Kälber, 2,4 Millionen Schafe, 47.000 Pferde. Deutschland exportierte etwa 130.000 Rinder sogar bis in den Libanon, nach Algerien, Marokko oder Tunesien. Dieser Export wurde von der EU mit 58 Millionen Mark unterstützt.

Die EU subventioniert allgemein den Export von Schlachttieren, um Überschüsse abzubauen.

Warum werden deutsche Rinder nach Afrika, dänisches Schweinefleisch nach Japan transportiert? Warum bezieht ein Schweinemäster in Paderborn die Ferkel aus den Niederlanden und nicht vom eigenen oder vom Nachbarhof? Weil Preisunterschiede von ein paar Mark pro Ferkel ausgenutzt werden, weil Tier- und Fleischhändler sich eine goldene Nase verdienen, weil im industriellen Maßstab arbeitende Mastbetriebe ihre Profite erhöhen, weil der Einzelhandel Druck macht, um Fleisch billig

einzu kaufen, kurz: aus Profitgründen.

Damit nicht genug, auch bei der Diskussion um Impfungen steht nicht das Interesse der VerbraucherInnen im Vordergrund, sondern finanzielle Interessen der Agrarlobby.

Jetzt wird argumentiert, eine Impfung könnte sowieso nicht alle Erregertypen erfassen. Warum wurden dann 25 Jahre lang, von 1966 bis 1991, regelmäßig sämtliche Rinder hierzulande geimpft? Vielleicht hauptsächlich, weil die Impfmittelhersteller dabei ein gutes Geschäft machten. Und warum wurde die Impfung 1992 in der EU verboten? Weil man den Export in Drittländer wie die USA und Japan ankurbeln wollte, also aus Profitgründen.

Und warum wird heute gezögert, vorbeugend zu impfen, obwohl man das genau gegen den jetzt grassierenden Erreger tun könnte? Weil auch die Tier- und Fleischexporte der Länder eingestellt werden müssten, die noch nicht von der Seuche betroffen sind, also aus Profitgründen. Wir haben keinen Anlass Exporte als allein seligmachendes Mittel zu verteidigen. Sicher ist aber, solange die ganze Diskussion um den richtigen Weg zur Bekämpfung der MKS von Profitinteressen bestimmt wird, kommt bestimmt nicht das für Mensch und Tier vernünftigste Ergebnis dabei heraus. Und solange die Tierzucht nach Profitinteressen funktioniert, sind Seuchen, Tierquälereien, Futter- und Nahrungsmittelskandale unvermeidlich. Die grüne „Verbraucherschutz“-Ministerin Künast will an diesem Profitprinzip aber gar nicht rütteln. Deshalb zeigt sich jetzt, dass sie zwar eine große Klappe hat, aber nichts Grundsätzliches ändert.

Und was ist mit dem Argument, dass es die Maul- und Klauenseuche auch schon früher gegeben hat? Die Menschen blicken zurück auf ein paar tau-



Folgen der Maul- und Klauenseuche (MKS) in Britannien. Die MKS ist kein Fluch, sondern Resultat der Politik im Interesse der Agrarlobby. In Umfragen lehnen 52 Prozent der Briten die Politik der Blair-Regierung in dieser Frage ab

send Jahre Erfahrung in der Zucht von Nutztieren. Seit ungefähr 200 Jahren wurden rasante Fortschritte bei der systematischen Erforschung und Bekämpfung von Krankheiten und Seuchen gemacht. Man sollte annehmen, dass die Fülle dieses Wissens allgemein Mensch und

Tier zu gute kommen würde und speziell auch zu einer effektiveren Bekämpfung von Seuchen wie MKS geführt hätte. Aber die rücksichtslos nach Profit strebende Agrarwirtschaft hat nicht nur BSE hervorgerufen. Wie man sieht, hat sie auch Bedingungen geschaffen,

das eine Tierseuche sich innerhalb weniger Wochen dramatisch ausbreiten und den Tierbestand in großen Teilen Europas bedrohen kann. Kann es ein vernichtenderes Urteil über dieses verrückte Profitsystem geben?

23.3.01

Aktien im freien Fall Aus der Traum von der schnellen Mark



1.000 Milliarden Mark haben die Aktionäre in Deutschland im Vergleich zu dem Kurs-Höchststand im März 2000 inzwischen verloren. Und die Talfahrt an den Börsen ist noch nicht zu Ende. Sicher trifft es auch ein paar Reiche, die sich verspekuliert haben. Aber es trifft vor allem die Kleinaktionäre und Besitzer von Belegschaftsaktien. Ihnen wurde von Anlageberatern, Ban-

ken und Chefs weis gemacht, dass sie mehr davon haben, wenn sie ihre hart erarbeiteten Ersparnisse in Aktien anlegen beziehungsweise sich ihr Weihnachtsgeld oder Bonuszahlungen in Aktien auszahlen lassen. Die Gewerkschaftsführung schlug in die gleiche Kerbe und propagierte Aktien, anstatt für höhere Löhne zu kämpfen. Selbst der Auslieferung der Rente an die Bör-

se hat sie keinen Widerstand entgegengesetzt. Gerade als das Deutsche Aktieninstitut feststellte, „dass die Deutschen auf einem guten Wege sind, ein Volk von Aktionären zu werden“, knallte es an den Börsen. Dem Traum von der schnellen Mark folgt die Ernüchterung. Der Aktienboom der letzten Jahre ist am Ende die Enteignung der Klein- und Belegschaftsaktionäre. ■

StudentInnen Zu wenig mehr Bafög

Ab April bezahlt der Staat mehr an Bafög. Natürlich freut sich jede/r über mehr Geld und ich glaube, es ist das erste Mal, dass ich vom Staat eine Erhöhung bekomme - was ein ziemlich ungewohntes Gefühl ist. Dennoch ist es, wenn man mal genauer hinschaut, ein Witz.

Momentan erhalte ich 622 Mark Bafög. Davon gehen 590 Mark für die Miete (warm) drauf und 78 Mark für die Fahrkarte. So, da fällt schon was auf: 622 Mark minus 590 Mark minus 78 Mark machen nach Adam Riese schon 46 Mark Miese.

Nun reichen natürlich weder das Dach über dem Kopf, noch die Monatsfahrkarte aus, um das Überleben zu sichern. Jeder Mensch muss auch irgendwas essen, sagen wir für 150 Mark monatlich, gleich 5 Mark am Tag. Dazu kommen Telefonkosten von durchschnittlich 40 Mark und für das Material beziehungsweise die Bücher für die Uni veranschlagen wir bescheidene 30 Mark im Monat. Der Semesterbeitrag belastet mein Konto mit umgerechnet 26 Mark pro Monat. Damit fehlen mir bereits 292 Mark. Noch nicht berücksichtigt sind Strom- und Gasnachzahlungen, die ständig höher ausfallen.

Abgesehen davon braucht man manchmal eine neue Winterjacke oder Schuhe, geht in eine Kneipe und will auch beizeiten mal für einen Urlaub sparen. Wenn ich für diesen „Luxus“ 150 Mark im Monat ausbe, macht das zusammen bereits rund 450 Mark, die ich nicht vom Bafög-Amt bekomme. In einer seiner salbungsvollen

Sonntagsreden hat der Bundespräsident gesagt, man solle sich in die Politik einmischen. Nun, ich mische mich ein und fahre zu Demos gegen Nazis und gegen Castor-Transporte und bin Mitglied in der SAV. Aber das kostet Geld, Geld das in keinem Bafög-Satz berücksichtigt ist.

Ich muss nebenbei arbeiten, bin deswegen Gewerkschaftsmitglied und zahle dort Mitgliedsbeitrag.

Bei der groß angekündigten Erhöhung werden für mich, wenn ich Glück habe, vielleicht 100 Mark rausspringen, wovon ich dann das Telefon zahlen könnte und gerade noch das Geld für Bücher beiseite legen könnte.

Manche/r fragt sich vielleicht, warum ich das hier erzähle. Schließlich haben die meisten StudentInnen, egal ob mit oder ohne Bafög, nicht mehr Geld als oben aufgeschlüsselt und arbeiten gehen muss man so oder so, es sei denn man hat reiche Eltern. Aber vielleicht macht man es sich so noch mal bewusst, wie unzureichend das ganze Bafög-System ist und wie viel unstressiger das Leben sein könnte, wenn alle ausreichend Geld hätten. Möglich ist das. Es müssen sich aber mehr Leute wieder darüber aufregen und dem Aufregen einen gemeinsamen Kampf folgen lassen: nicht für 100 Mark mehr Bafög, sondern für so viel wie wir brauchen und das für alle Studierenden, unabhängig vom Einkommen der Eltern und darlehensfrei. 1.500 Mark im Monat wären da wohl das Mindeste.

Leonie Redler, Studentin, Berlin

Film „Traffic“

Schöne Bilder – keine Lösung

„Traffic“, für den der Regisseur Steven Soderbergh im letzten Monat den Oscar erhielt, zeigt in 147 Minuten eine Bestandsaufnahme des „Drogenkriegs“ in den USA.

Drei verschiedene Handlungsstränge verbinden sich hier zu einer dichten Story: In Mexiko kämpfen zwei Drogenfahnder einen aussichtslosen Kampf gegen verfeindete Drogenkartelle und die Korruption in Regierung und Militär. In Washington tritt gerade der neue Drogenbeauftragte der US-Regierung seinen Dienst an, dabei muss er voller Entsetzen feststellen, dass seine 16-jährige Tochter selber ein Junkie ist. Und schließlich in Kalifornien bricht die Welt einer Upperclass-Ehefrau zusammen, als sie bei der Verhaftung ihres Mannes erfährt, das er ein Drogenboss ist und ihre hohe soziale Stellung in Gefahr gerät.

Die Bilder sind fantastisch fotografiert, jeder Handlungsstrang hat seine eigene Farbe, sein eigenes Format. Der von den beiden Cops in der heißen, mexikanischen Wüste ist schmutzig-gelb gehalten, mit unruhiger Handkamera gedreht. Hier wird komplett spanisch gesprochen. Die Geschichte vom Drogenboss und seiner Frau im Villenvorort von San Diego zeigt das Design der weißen Upperclass in warmen Gold-Tönen. Drittens die Story vom Drogenbeauftragtem und zunehmend verstörten Karrieristen (Michael Douglas) ist in kaltblaues Licht getaucht.

Man hat manchmal den Eindruck, dass dem Regisseur diese ästhetischen Komponenten und eine kompliziert verschachtelte Story wichtiger waren als eine Analyse der Drogenproblematik, nur um seine Meisterschaft zu zeigen.

Dennoch liefert er einige gute Ansätze. Beeindruckend ist zum Beispiel die Wandlung der reichen Gattin des Drogenbosses (Catherine Zeta-Jones). Als sie von den Machenschaften ihres Mannes erfährt bricht eine Welt für sie zusammen. Nicht etwa we-

gen moralischer Bedenken, sondern weil sie um ihren Lebensstandard fürchtet, der bisher aus Golfclub und Shopping bestand. Der Spruch „für Profit gehen sie über Leichen“ ist hier wörtlich umgesetzt, um ihren Reichtum zu sichern, übernimmt sie kurzerhand das Drogenkartell ihres Mannes.

Soderberghs Lösung der Drogenproblematik ist aber letztlich eine individuelle: Wir müssen bei uns selbst anfangen, in unseren eigenen Familien. Dies zeigt uns auch der sehr rührselige Schluss des Films, wenn die Kraft der Familie die Tochter von ihrer Drogensucht befreit. Soderbergh will und kann die sozialen und politischen Hintergründe nicht erklären. Dann nämlich müsste er zeigen, dass die herrschende Klasse Drogen auch immer benutzt und zulässt, um die Menschen abzulenken von den wahren Problemen in der Gesellschaft. Oder er müsste zeigen, wie die Drogenfrage den Herrschenden als Ausrede dient, um gegen die eigene Bevölkerung aufzutreten.

Trotz seiner wenig kritischen Herangehensweise war kein großes Studio bereit, den Film zu finanzieren. Die Begründung war: Ein Film über Drogen sei ein zu hohes Risiko. So musste Soderbergh (der auch „Sex, Lügen und Video“ machte) die 60 Millionen Produktionskosten selbst zusammen bringen, und hat mit seinem Film eine breite Debatte in den USA über Drogen entfacht und zudem einen Kassenschlager gelandet.

Zusammenfassend kann man sagen, dieser Film ist intelligente, gut präsentierte Unterhaltung, die es allerdings vermeidet, in die Tiefe zu gehen. Übrigens hat Benicio Del Toro, der Darsteller des mexikanischen Polizisten, völlig zurecht den silbernen Bären als bester Schauspieler bei der Berlinale gewonnen. Seine Präsenz und Ausstrahlung auf der Leinwand sind einfach umwerfend!

Christiane Mergner, Berlin

Ihr da oben ...



Verantwortung

Manager verdienen soviel, weil sie die Verantwortung tragen – so wird es uns immer erklärt. Bei DaimlerChrysler läuft es seit letztem Jahr nicht mehr so gut. Die Vorstandsmitglieder bekommen dennoch eine satte Einkommenserhöhung. Im Durchschnitt erhielt jedes Vorstandsmitglied im Jahr 2000 drei Millionen Mark mehr als im Jahr zuvor. Konkret 8,7 Millionen Mark pro Nase im Jahr 2000 nach 5,8 Millionen im Jahr 1999 (Die Zeit, 8.3.01).

Der Vorstand hat angekündigt 26.000 Jobs bei DaimlerChrysler zu streichen.

Wahrscheinlich konnten die Manager ihre Verantwortung, Tausende in die Arbeitslosigkeit zu schicken, nur tragen, indem sie bei ihren Millionengehältern noch drei Millionen Mark drauflegten.

Gewinn für alle?

„Gewinn für alle“ hat die SPD ein Flugblatt zur Steuerreform überschrieben. Wenn sich der ein oder andere Leser, die ein oder andere Leserin, trotz Steuerreform immer noch nicht zu den Gewinnern in diesem Lande zählen kann, dann liegt das vielleicht an der höchst unterschiedlichen Verteilung des „Gewinns für alle“. Wir wissen nicht, wem nach Spritpreiserhöhung und mageren Lohnrunden überhaupt ein Plus beim Einkommen bleibt. Wir wissen aber, dass der Allianzkonzern bei der Steuerreform gewinnt und zwar kräftig:

Der Körperschaftssteuersatzes wurde von 40 auf 25 Prozent reduziert. Das hat der Allianz allein im Jahr 2000 einen Sondergewinn von 2,1 Milliarden Mark gebracht. Damit stieg der Gewinn nach Steuern auf einen neuen Rekord von 4,5 Milliarden. Dank weiterer Steuererleichterungen in 2001 und der „Riesterprodukte“, wie ein Konzernsprecher die private Altersversorgung bezeichnete, erwartet die Konzernspitze für das laufende Jahr einen Gewinn von über 5 Milliarden.

Bock fett

Nach der Rentenreform kommt jetzt die Gesundheitsreform. Ziel ist, den Pharmakonzernen die Kassen zu füllen. Damit daran keine Zweifel entstehen, hat Gesundheitsministerin Ulla Schmidt vorgesorgt. Zum Zuständigen für die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ernannte sie einen gewissen Herrn Smigielski. Dazu muss man wissen, dass Smigielski mehrere Jahre einer der Geschäftsführer beim „Verband Forschender Arzneimittelhersteller“ war, dem Lobbyverband der Pharmaindustrie. Dass sie damit den Bock zum Gärtner gemacht hat, kann man Ulla Schmidt nicht einmal zum Vorwurf machen. Ganz offensichtlich ist es ja ihre Absicht, dass der Bock fett wird und die gesetzliche Krankenversicherung dabei kaputt geht.



... wir hier unten



Verdi

Elefant auf tönernen Füßen

Mit viel prahlerischem Getöse über die „größte Einzelgewerkschaft der Welt“ und eine prall gefüllte Streikkasse wurde Verdi aus der Taufe gehoben. Jubel gibt es aber nur bei den Gewerkschaftsbürokraten. Schließlich war Verdi von Anfang ihr Projekt, um trotz sinkender Mitgliederzahlen ihre Pfründe zu sichern und sich dabei noch unabhängiger von der Basis zu machen. Genau wie bei jedem anderen schlechten Produkt hofft auch die Verdi-Führung, durch eine 10 Millionen Mark teure Imagekampagne Verdi doch noch den Mitgliedern schmackhaft machen zu können.

Von Gaétan Kayitare, Aachen

Auf keinen Fall kann man der Spitze der Gewerkschaften nachsagen, dass sie nicht genau wüsste, was ihre Mitglieder wollen. Die Bürokraten haben sich Mühe gegeben, den Eindruck zu vermitteln, Verdi sei eine große, starke Gewerkschaft, die notfalls bereit ist, Streiks als Mittel ihrer Politik einzusetzen.

Die Delegierten haben es mangels Alternativen hingenommen: Jetzt gilt für die Verdi-Spitze wie gehabt: „Was geht mich mein Geschwätz von gestern an?“ Sie hat erreicht, was sie wollte: über Streiks und Arbeitskämpfe entscheidet der Vorstand, der jetzt abgehobener ist denn je.

Größe bedeutet noch keine Stärke

Nach dem Krieg hatte sich die Arbeiterklasse in Deutschland gefreut, mit dem DGB in einem einheitlichen Gewerkschaftsverband vereint zu sein.

Der DGB benutzt aber diese Einheit gerade, um den Einsatz der gesamten Kampfkraft zu verhindern: gegen eine CDU- beziehungsweise SPD-Regierung durfte man nicht streiken, weil der DGB ja auch christliche beziehungsweise sozialdemokratische Mitglieder zählt.

Die Verdi-Führung wird sicherlich versuchen, die Unterschiede und Gefälle zwischen den einzelnen Organisationsbereichen (zum Beispiel Öffentlicher Dienst oder Handel und Banken) zu nutzen, um die KollegInnen in Schach zu halten und die Solidarisierung zu bremsen.

Die Politik der einzelnen Verdi-Gewerkschaften

in den letzten Jahren gibt keinen Anlass, auf einen demokratischen Aufbruch der „größten Einzelgewerkschaft der Welt“ zu hoffen: der HBV-Vorstand übergibt bei der letzten Tarifrunde 60 Prozent der KollegInnen, die gegen die Annahme des Tarifvertrages waren. Ebenso ignorierte der ÖTV-Vorstand eine 76,2-prozentige Mehrheit für einen Streik.

Bündnis für Arbeit

Verdi ist alles andere als ein Fortschritt, eher vielmehr ein Ausdruck der Anpassung der Gewerkschaftsbürokratie an die Marktwirtschaft. Mit Verdi wird nicht nur die Verteidigung des Öffentlichen Dienstes, sondern auch die Rolle der Gewerkschaft als Gegenmacht gegen Unternehmer und Regierung aufgegeben.

Im vorausseilenden Gehorsam gegenüber der Schröder-Regierung beschloss der ÖTV-Auflö-

sungskongress auf Betreiben des Vorsitzenden im Bündnis für Arbeit zu bleiben, wohl wissend, dass sowohl HBV als auch IG Medien ausgestiegen waren. Bsirske, der Verdi-Vorsitzende, schert sich einen Dreck um die HBV- und IG Medien-KollegInnen und wird am Bündnis für Arbeit teilnehmen. Das Getöse beim Verdi-Gründungskongress darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bürokratie sich zur wichtigsten ideologischen Stütze der Marktwirtschaft in der Arbeiterklasse entwickelt hat. Sie will Verdi als eine Versicherungsunternehmen, nicht als eine Kampforganisation. Glücklicherweise hält sich die Geschichte nicht an den Willen der Bürokraten! Bald wird die kommende Rezession auch die Verdi-Spitze nicht nur unter Druck setzen, sondern ihre politische Position massiv schwächen und einer dringenden nötigen gewerkschaftlichen Opposition Raum verschaffen. ■

Manfred Engelhardt Delegierter auf dem ÖTV- Auflösungskongress:

„Der Kongress glich einer Festung. Einer Festung nach außen, weil anders als üblich nicht einmal die Angehörigen der Delegierten Zugang zum Tagungsgebäude hatten. Es war aber auch eine Festung nach innen gegen jeden Kritiker und besonders gegen Verdi-Kritiker und Kritikerinnen. Der Kollege Harry Fuchs, ein ehrlicher Kämpfer und langjähriger Vorsitzender des Kontroll- und Beschwerdeausschusses, äußerte leise – als Verdi-Befürworter – seine Bedenken darüber, dass nun 'die Kontrollierten die Kontrolleure auswählen könnten' und ernte dafür bereits Buh-Rufe. Klar, dass danach kein Linker ans Mikro ging.“

Ich hatte den Eindruck, dass der geschäftsführende Hauptvorstand es geschafft hatte, nach dem Rücktritt von Mai das Gefühl zu vermitteln, dass alles, was die Eintracht störte, der Organisation schaden könnte und mit allen Mitteln verhindert werden müsste.

Der Beschluss – mit über 90 Prozent – im Bündnis für Arbeit zu bleiben, wird sicherlich von Verdi übernommen und somit zu einer politischen Belastung für die Gewerkschaftsbewegung. Verdi ist ein Elefant auf tönernen Füßen. Er hat viele Mitglieder und viel Geld: der neue Vorsitzende Bsirske freute sich darüber, dass die DAG vier mal so viel Geld wie die ÖTV mit bringt. Im Kapitalismus ist die moralische Steigerung von Geld wohl mehr Geld! Größe und Geld allein machen aber keine Stärke aus. Die Verdi-Struktur ist vorgegeben und begünstigt zunächst einmal die Führung. Wir müssen eben stärker von der Basis aus inhaltliche und personelle Alternativen anbieten und um Positionen kämpfen. Das heißt mehr Arbeit und mehr Engagement, um zu verhindern, dass aus Verdi nicht ein 'Riesen-Kaufladen', sondern eine starke Kampfkraft wird.“ ■

Für eine kämpferische und demokratische Gewerkschaft



Das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ hat in einem Offenen Brief an die Delegierten der Gewerkschaftstage in Berlin seine ablehnende Haltung gegenüber Verdi betont und die Delegierten aufgefordert gegen die Fusion zu stimmen.

Weiter heißt es in dem Brief des Netzwerks: „Falls es zur Gründung von Verdi kommt, ist der Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition nötiger denn je. Das 'Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV' wird sich deshalb nicht auflösen, wenn Verdi beschlossen wird. Wir werden weiter für die Verteidigung und den Ausbau des öffentlichen Dienstes und die in unserer Plattform beschlossenen Forderungen

kämpfen. Wir werden unsere Oppositionsarbeit fortsetzen und die Zusammenarbeit mit allen oppositionellen Kolleginnen und Kollegen für eine kämpferische und demokratische Verdi anstreben. Wie wir das machen können, werden wir bei unserem nächsten bundesweiten Treffen am 9. Juni in Köln diskutieren.“

Treff kritischer KollegInnen des öffentlichen Dienstes
Dieses Treffen findet in Köln,
Bürgerzentrum Deutz, Tempelstraße
41 statt. Es beginnt um 10.30 Uhr
und endet um 18.00 Uhr.
Alle kritischen KollegInnen des
öffentlichen Dienstes und Verdi-
KollegInnen aus allen Bereichen
sind eingeladen.

Nähere Infos:
www.freebox.com/netzwerk,
e-Mail: netzwerk_kdoetv@gmx.de
Steffi Nitschke, Tel. 0561/899764 oder
Alois Skrbina, Tel. 0201/2799210

Arbeitskampf im Berliner Call-Center Schöne New Economy-Welt?

Man will uns einreden, in den aufstrebenden Firmen der New Economy sei alles locker. Als Paradebeispiel werden dafür gerne die überall aus dem Boden sprießenden Call-Center genommen: Kleine Agenturen in Hinterhof-Fabriketagen, angeblich ja eine so „lockere, unverkrampfte Atmosphäre“, hierarchiefrei, alle duzen sich, man kann Pause machen, wann man will, entspannte „After-Work-Parties“ mit dem Chef etc. Ist man jedoch kritische Mitarbeiterin und will sich für seine KollegInnen engagieren, bekommt man schnell zu spüren, was es mit der angeblich so tollen Atmosphäre auf sich hat...

Das Berliner Call-Center Hotline GmbH ist ein Betrieb mit 140 Angestellten, auf New-Economy-Deutsch „Agents“ genannt. Ungefähr die Hälfte sind nicht fest angestellte Honorarkräfte (hauptsächlich Studierende), die auf Abruf arbeiten. Die Arbeitshetze und der Druck auf die MitarbeiterInnen stieg im Laufe letzten Jahres ständig und 60 dieser Honorarkräfte wurden entlassen.

Als Reaktion darauf bildete sich ein Kreis von KollegInnen, die Kontakt mit der Gewerkschaft IG Medien aufnehmen und die Initiative zur Bildung eines Betriebsrates ergreifen. Sie informierten die Geschäftsleitung über diesen Schritt und beriefen eine Wahlversammlung ein. Daraufhin wurden diese KollegInnen von der Geschäftsleitung zum vertraulichen Gespräch zitiert.

Es wurde dort versucht sie weich zu kochen. Einen Betriebsrat brauche man nicht, da so ein „bürokratisches Gremium die

Entscheidungsfindungsprozesse im Call-Center verlangsamten würde“ und künstliche Hierarchien aufgebaut würden, die das angeblich ach so gute Betriebsklima vergiften würden. Außerdem seien Gewerkschaften sowieso „reaktionäre Ständesorganisationen“ und veraltete Organisationsformen. Von der Geschäftsführung wurde ein dieser genehmes „Personalgremium“ vorgeschlagen, welches eng mit der Geschäftsleitung zusammen arbeiten müsse. Dieses wurde von den KollegInnen natürlich abgelehnt. Kurze Zeit nach dem Gespräch gab die Geschäftsführung bekannt, dass die 4 Mitarbeiter fristlos entlassen seien und Hausverbot hätten. Ein Kollege wurde sogar wegen des „Verrats von Firmeninterna“ angezeigt, da er der Jungen Welt ein Interview gegeben hatte! Eine Klage gegen die Geschäftsführung beim Arbeitsgericht ist anhängig. Obwohl die KollegInnen den Betrieb nicht mehr betreten durften, gaben sie natürlich nicht nach und informierten die Restbelegschaft (neben den Vieren wurden weitere 23 Leute entlassen) durch mehrere Flugblattaktionen über die frühkapitalistischen Methoden der Betriebsleitung. Zu guter Letzt: Die Beschäftigten, die der Geschäftsführung am heftigsten nach dem Mund geredet hatten und entschieden gegen einen Betriebsrat eingetreten waren, bildeten kurze Zeit nach dem Rauschmiss der anderen selbst einen arbeitgeberfreundlichen Betriebsrat.

Stefan Godau, Kiel

Weitere Infos, Artikel, Flugblätter der Entlassenen unter:
www.callcenteroffensive.de

ÖTV-Kundgebung gegen Privatisierung „Kasse machen in Kassel... nein!“

Unter dieser Parole gingen am 3. März, 14 Tage vor der Kommunalwahl, 500 Beschäftigte der Kasseler Betriebe gegen die Privatisierungspläne der Großen Koalition auf die Straße. Die ÖTV-Kassel hatte aufgerufen zu einer Kundgebung für die „Sicherung kommunaler Leistungen und den Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.“

Angeführt wurde der Protest von den Beschäftigten der Städtischen Kliniken Kassel. Sie

kämpfen schon seit einem Jahr gegen Privatisierung und Lohnraub. Durch Betriebsversammlungen, Demos und einer presse- und öffentlichkeitswirksamen Kampagne haben sie sich bisher dem Zugriff der Profitheie erfolgreich widersetzt. Als vor einigen Wochen die Klinikleitung den Abbau von Ausbildungsplätzen ankündigte, wurde ebenfalls sofort Protest organisiert. Dafür geht jetzt der Geschäftsführer.

„Nein zu Profithaien und Pri-

vatisierung“ – so hieß es nicht nur im Material der SAV bei der Aktion, sondern auch in der Überschrift der Kasseler Monopolzeitung HNA am Tag danach. Dieselbe HNA hatte über Wochen den Verkauf des Kasseler Klinikums als unumgänglich geschildert. Die Stimmung auf der Kundgebung war eher verhalten: Viele gingen davon aus, dass die Privatisierungen eh nur bis nach der Wahl verschoben sind. Vielen war klar, dass die Privatisierungen eine Gefahr für die Versorgungsqualität bedeuten. Vor allem stellten sich viele die Frage, wie es weitergehen soll...

Die Reden waren kämpferisch, ließen aber leider die Frage aus, wie der Kampf landes- oder



bundesweit vernetzt werden kann.

Bedauerlicherweise haben die ÖTV-Betriebsräte und Vertrauensleute bei den Kasseler Verkehrsbetrieben die Kundgebung nicht genutzt für eine Mobilisierung ihrer KollegInnen gegen Lohnklausur und Privatisierung im öffentlichen Nahverkehr. Sie sind vor dem Druck der Arbeitgeber kampfflos in die Knie gegangen und haben in der Woche vor der Kundgebung mit der Geschäftsleitung eine „freiwillige Nebenabrede zum Arbeitsvertrag“ ausgehandelt, wonach jeder Beschäftigte sich verpflichten soll, eine Woche im Jahr zusätzlich umsonst zu arbeiten. Auch gegen die Gründung einer privatrechtlich organisierten Busfirma, bei der ab sofort alle neu eingestellten BusfahrerInnen außerhalb des BAT und mit zirka 600 Mark weniger Lohn beschäftigt werden, wurde kein Widerstand organisiert. Damit wurde ein stadtweiter gemeinsamer Kampf des gesamten öffentlichen Dienstes vereitelt. Nichtsdestotrotz sind die Beschäftigten des Klinikums und ihre Vertrauensleute und Betriebsräte weiter zum Widerstand entschlossen.

David Schultz, Kassel



Wut wandelt sich in Widerstand: 500 KollegInnen beteiligten sich am Protest gegen den Privatisierungskurs in Kassel zwei Wochen vor den Wahlen



Sozialistische Energiepolitik

Gehen ohne Atomstrom die Lichter aus?

Wenn über den sofortigen Atomausstieg diskutiert wird, erzählt uns die Atomindustrie Horrormärchen von einem Deutschland, in dem kein Fernseher funktionieren würde, keine Tiefkühlpizza warm gemacht werden könnte und wir die Kerzen aus der Schublade holen müssten.

Ist das die Wahrheit – gingen in Deutschland wirklich alle Lichter aus, wenn wir heute alle Atomkraftwerke dicht machen würden? Ist die Forderung der Anti-Atom-Bewegung nach einem sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie wirklich eine Illusion? Nein!

Von Doreen, Rostock

Zum einen gibt heute es eine Menge an Überkapazitäten auf dem Strommarkt. Alles in allem können sämtliche Elektrizitäts-Kraftwerke in Deutschland 80.000 Megawatt Strom produzieren. Dagegen werden in den Spitzenzeiten nur 60.000 Megawatt Strom verbraucht. Alle Atomkraftwerke in Deutschland zusammen produzieren aber nur ca. 18.700 Megawatt Strom. Das allein beweist, dass ein sofortiger Atomausstieg möglich wäre.

Energiesparen

Und selbst der heutige Verbrauch an Strom könnte enorm durch Energiesparmaßnahmen gesenkt werden. Allein durch die richtige Wärmeabdämmung von Häusern könnte laut Greenpeace bis zu 70 Prozent der Heizenergie vermieden werden. Energiesparende Haushaltsgeräte, die allerdings für jeden erschwinglich sein müssten, würden ihr übriges tun. Schon allein die Abschaffung der Stand-by-Funktion würde 20,5 Milliarden Kilowattstunden jährlich einsparen.

Die eigentlichen Energiewerkschwender sind aber nicht wir, sondern die Wirtschaft. Die stromintensivsten 3 Prozent brauchen soviel Strom wie alle Privathaushalte zusammen.

Kraft-Wärme-Kopplung

Doch nicht nur bei den Endverbrauchern könnte Energie eingespart werden.

Schon bei der Produktion von Strom geht ein Großteil der Energie verloren.

Herkömmliche Kraftwerke nutzen in der Regel nur 40 Prozent ihres Brennstoffes aus, der Rest geht als Wärmeabgabe an die Umwelt verloren. Moderne Kraft-

Wärme-Kopplungskraftwerke (KWK) dagegen nutzen bis zu 90 Prozent ihrer Ressourcen aus. Hier wird nämlich die sonst sinnlos an die Umwelt abgegebene Wärme zum Beispiel zum Heizen genutzt.

Den großen Energieversorgern sind diese KWK-Kraftwerke allerdings ein Dorn im Auge. Kein Wunder, dies würde nämlich weniger Profit in ihren eigenen Taschen bedeuten: „Die Wärme aus KWK muss dort eingesetzt werden, wo sie entsteht, also vergleichsweise kleinteilig und dezentral – in Fabriken, Städten, kleinen Siedlungen und Krankenhäusern. So würden Stadtwerke und private Betreiber, die schon den Boom bei der Windenergie antreiben, den Konzernen erneut einen – immerhin zehnpromzentigen – Anteil am Stromkuchen streitig machen“ (Spiegel 9/01).

Regenerative Energien als Alternative

Noch mehr Profiteinbußen bedeuten für die Energieversorgungsunternehmen die Entwicklung und der Ausbau der Nutzung von regenerativen Energien. Immer wieder wird uns weis gemacht, alternative Energieformen seien noch nicht ausgereift genug, es würde momentan keine andere Alternative zu dem „sauberen“ Atomstrom geben. Doch das ist eine glatte Lüge. Gute Alternativen zu einem möglichen Super-Gau gibt es heute schon zu Genüge.

Die bekannteste Alternative ist sicherlich die Nutzung der Sonnenenergie. Jährlich strahlt allein

auf Deutschland die Sonne viermal so viel Energie, wie die gesamte Menschheit in diesem Zeitraum verbraucht. Um das nutzen zu können müssten nicht mal 10 Prozent der Flächen in Deutschland mit Solarzellen bestückt werden.

Mit der heutigen Technik ist es sogar möglich mit Hilfe von Bakterien aus organischen Abfällen (wie Gülle, Kompost etc.) Biogas herzustellen und so einen Teil der Stromversorgung zu sichern.

Wind- und Wasserkraft sowie Erdwärme sind weitere Beispiele für regenerative Energieformen.

Gegen Profitgier

Grotesk sind diese Möglichkeiten nicht oder nur kaum genutzt werden. Nicht aber für die großen Energieversorger, denn bei solchen dezentral zu nutzenden Energien winkt weniger Profit für sie. Klar das sie daher ein Interesse daran haben und die Umwelt weiter mit ihren Dreckschleudern zu verpesten oder die tickenden Zeitbomben AKWs weiter laufen zu lassen.

Frei nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“ gilt für die Strommultis einzig und allein die Profitmaximierung. Jahr für Jahr machen Konzerne wie Siemens, RWE und Co. mit Atomstrom neue Supergewinne, zusätzlich werden sie durch ihre Freunde in der Regierung mit kräftigen Subventionen unterstützt.

100 Milliarden Mark hat die Atomindustrie bisher aus der Staatskasse eingesackt. Geld was für den Ausbau und die Forschung von regenerativen Energieformen verwandt hätte werden können.



Energiekonzerne enteignen

Von allein werden die Bosse der Energiekonzerne und die Politiker nicht auf ihre Profite verzichten. Um mit Atomkraft und der umweltverschmutzenden Stromerzeugung aufzuräumen, müssen wir uns ihnen entgegenstellen. Nur durch einen entschiedenen Kampf für eine Enteignung der gesamten Energiewirtschaft und Überführung in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung kann endlich Schluss sein mit der Profitmacherei auf Kosten unserer Gesundheit und der Umwelt.

Kampf für eine sozialistische Zukunft weltweit

Doch gerade die Frage nach einer gesunden Umwelt, in der wir



und unsere Kinder gut leben können zeigt, dass wir nicht nur beim Kampf gegen die Energiekonzerne stehen bleiben können. Das kapitalistische Profitsystem insgesamt basiert auf die Ausbeutung der Menschen und der Natur und lässt so keinen Platz für eine gesunde Umwelt und eine lebenswerte Zukunft.

Der Kampf gegen eine strahlende Zukunft bedeutet letzten Endes den Kampf für eine sozialistische Zukunft aufzunehmen. Denn nur in einer sozialistischen geplanten Wirtschaft, in der es um

die Bedürfnisse der Menschen und nicht um die Profitgier einiger weniger Superreichen geht, ist es möglich, das Leben und die Umwelt für den Menschen attraktiv zu machen.

Doch der Kampf dafür muss über die Ländergrenzen hinaus stattfinden, schließlich bleiben auch Atompilze nach einem Super-Gau nicht an Ländergrenzen stehen. Nur wenn wir uns international den Herrschenden in den Weg stellen, kann es eine Garantie für das Überleben der Menschheit geben. ■

widerstand international – gegen das Europa der Banken und Konzerne

Auszug vom Aufruf zur Demonstration gegen den EU-Gipfel am 16. Juni 2001 im schwedischen Göteborg:

Mitte Juni treffen sich die Repräsentanten der EU-Mitgliedsländer in Göteborg zu einem Gipfeltreffen. Wie auf all diesen Treffen werden die Regierungsvertreter auch bei dieser Zusammenkunft darüber beraten, wie sie den Banken

und Konzernen in der Europäischen Union die besten Bedingungen zur Erzielung größtmöglicher Profite verschaffen können.

ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, Jugendliche können von diesem EU-Gipfel nur Entscheidungen erwarten, die die Lebenssituation der europäischen Bevölkerung verschlechtern. Deshalb dürfen wir die

Vertreter der Banken und Konzerne nicht ungestört in Göteborg tagen und entscheiden lassen. Die Massenproteste gegen die EU-Gipfel 1997 in Amsterdam, 1999 in Köln und 2000 in Lissabon und Nizza haben unterstrichen, dass es ein anderes Europa, ein Europa von unten gibt. Auch in Göteborg werden wir unsere Forderungen lautstark auf die Straße tragen.

Wir rufen auf an der von verschiedenen schwedischen Organisationen geplanten Demonstration gegen den EU-Gipfel teilzunehmen und für folgende Forderungen einzutreten:

- ⇒ Schluss mit der Politik für Banken und Konzerne: gegen Deregulierung, Flexibilisierung, Privatisierung und Sozialabbau
- ⇒ Massive öffentliche Investitionen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnen und öffentlichem Verkehr
- ⇒ Kampf der Arbeitslosigkeit: für massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ⇒ Der Euro und die Maastrichter Kriterien dienen nur den Banken und Konzernen: weg damit!
- ⇒ Nein zu Nationalismus und Rassismus, gegen das Schengener Abkommen und eine „Festung Europa“: für ein uneingeschränktes Asylrecht und ein Bleiberecht für die in Europa lebenden ImmigrantInnen und Flüchtlinge, gegen rassistische Gesetze
- ⇒ Nein zu Aufrüstung und „EU-Armee“
- ⇒ Für internationale Solidarität und europaweiten Widerstand von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen

ErstunterzeichnerInnen: Katharina Eichholtz, Vorsitzende Betriebsjugendausschuss der DPG Telekom Berlin; Alexandra Arnsburg, Mitglied der JAV Telekom Berlin; Marc Treude, Mitglied Vertrauenskörperleitung der IG BCE bei WMME Alsdorf; Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) Gruppe Rostock; Doreen Ullrich, stellv. Vorsitzende der JAV Ostseesparkasse Rostock; Netzwerk für eine kämpferische und demokratische OTV; Sozialistische Alternative (SAV)

Sexismus in den Medien Sind Frauen blöd?

Eine Gruppe von Frauen in bauchfreien Tops befindet sich gemeinsam in einem Raum. Einige laufen nervös hin und her, andere sitzen auf einem Sofa und raufen sich die Haare. Viele weinen. „Nein!“ ruft eine von ihnen trotzig und verzweifelt. „Ich kann das nicht mit meinem Gewissen vereinbaren. Ich weigere mich, diese Entscheidung zu treffen!“ Was ist geschehen?

Von Ianka, Bremen

Ist die Frau, die hier so entschlossen aufbegehrt, eine Ärztin, die entscheiden soll, welcher ihrer Patienten die einzige lebensrettende Organspende erhält? Sind die Umstehenden trauernde Angehörige? Nicht doch. Es handelt sich hier um die Bewohnerinnen des „girlscamp“. Es sind also Mitspielerinnen in einer der kurzlebigen neuen „TV- Reality-

Shows“, die in den letzten Monaten wie Pilze aus dem Boden schießen. Ihr Problem: Sie sollen wieder einmal entscheiden, welche von ihnen das „girlscamp“ an diesem Tag zu verlassen hat.

Das Drama nimmt seinen Lauf. Am Ende sind viele Dauerwellen zerrauft und einiges an Make-up ist verlaufen. Ein „girl“ wurde trotz der inbrünstig vorgetragenen Bezeugungen weiblicher Solidarität auf Grund des Einwirkens des (männlichen) Moderators auf die übrigen an die Luft gesetzt.

Reality-TV & Quiz-Shows

Szenenwechsel: Ein Mann sitzt in einem Sessel. Er ist nur von hinten zu sehen. Vor ihm befinden sich zwei Knöpfe. Vor ihm spazieren verschiedene Frauen entlang, nennen artig ihre Namen, beantworten betont humorvoll schlüpfrige Fragen nach ihrem Privatleben und preisen ihre

hausfraulichen Qualitäten oder ihr sexuelles Temperament an.

Hier handelt es sich um Teilnehmerinnen der Kuppel-Show „Heirate einen Millionär“, die nur minimal verändert sowohl von Sat.1 als auch von RTL ins Programm genommen wurde. Der Mann im Sessel ist ein angeblicher Millionär, der sich per Knopfdruck eine Frau zum Heiraten aussuchen soll.

Wer sich diese Sendungen flüchtig anschaut, muss sich einfach die Frage stellen: Sind Frauen gefühlsbetonte, aber oberflächliche und willensschwache Geschöpfe, die mit dem Hintern wackelnd umherlaufen und für etwas Publicity oder Geld jederzeit bereit sind, sich einem Mann geistig und sexuell gefügig zu machen? Sind also alle Frauen wie Kelly Bundy? Kurz: Sind Frauen blöd?

Tatsache ist, dass mit den neuen Reality-Shows ein Frauenbild als Wirklichkeit verkauft wird, das bisher hauptsächlich in Komödien oder „Blondinen-Witzen“ verbreitet wurde. Durch die „ironische Darstellung“ sexistischer Frauenbilder, sind die unangenehmen Originale praktisch durch die Hintertür wieder auf

der Bildfläche erschienen. Ein Beispiel: Auf dem Bildschirm ist eine Frau im Krankenschwesternkostüm zu sehen. Vor ihrer Brust befinden sich zwei Balken mit Schriftzügen. Die Balken werden zur Seite weggeschoben und geben den Blick auf den enorm tiefen Ausschnitt und die üppigen Brüste der Frau frei. Es handelt sich um einen Werbespot eines Handy-Anbieters.

Die ZuschauerInnen werden in den Reality-Shows darüber hinweg getäuscht, dass das Konzept und die Vorauswahl der Teilnehmerinnen der Shows die Beteiligten bereits auf ein bestimmtes Rollenverhalten festlegen. So zeigte der Vorspann von „girlscamp“, schon bevor eine einzige Frau den Schauplatz betreten hatte, Frauen in nassen T-Shirts und Bikinis, die sich um Männer zankten. Auch die Oberflächlichkeit und Kürze der Darstellung macht es unmöglich, die Spielerinnen nach anderen Maßstäben als dem Aussehen zu beurteilen.

Frauen als Sexobjekte

Daher unterstützen und verstärken die Shows ein Frauenbild, das

Frauen zu Sexobjekten macht. Diese Darstellung wird damit verharmlost, dass es Frauen gibt, die mit Hilfe dieses Bildes Geld machen. Neben den Stars und Sternchen in den Medien wird vermehrt das Beispiel von Prostituierten gebracht, die als erfolgreiche Geschäftsfrauen engagiert und begeistert ihren „Job“ ausüben. Diese Sichtweise ignoriert die Tatsache, dass die meisten Frauen im Alltag damit zu kämpfen haben, dass sie als Sexobjekte behandelt und so als Menschen abqualifiziert werden, ohne dass sie jemals ihr Einverständnis dazu gegeben hätten. Noch weniger verhandeln Belästiger gleichberechtigt und einvernehmlich mit ihren Opfern über

die Umstände der geplanten Belästigung und eine angemessene Vergütung. Die meisten Frauen leiden unter dem sexistischen Frauenbild. Es verhindert ein gleichberechtigtes Zusammenleben und -arbeiten von Frauen und Männern. Dadurch ist es für die Herrschenden ein Leichtes, Frauen und Männer gegeneinander auszuspielen und einen vereinten Kampf für gemeinsame Interessen zu verhindern. Deshalb ist eine sexistische Darstellung von Frauen in den Medien weder unterhaltsam noch komisch. Es ist vielmehr erforderlich, mit Aktionen und Protesten auf das Problem aufmerksam zu machen und solche Darstellungen zu bekämpfen. ■

Nachfrage wird künstlich geschaffen

Beim Reality-TV wird keine Nachfrage befriedigt, sondern künstlich geschaffen. Einschaltquoten und Umfragen beweisen darüber hinaus, dass sich die ZuschauerInnen mittlerweile verstärkt davon abwenden: „girlscamp“ floppt auf Sat 1; die RTL 2-Serie „to club“ wurde vorzeitig eingestellt und die nächste „Big Brother“-Staffel vom Herbst in das Jahr 2002 verschoben. Laut Emnid-Umfrage können 87 Prozent der FernsehzuschauerInnen auf weitere Container-Soaps gut verzichten (Tagesspiegel, 4.3.01)

Die internationalen Proteste gegen die Institutionen des Kapitalismus – Seattle, Melbourne, Neapel – machen deutlich: Der kapitalistischer Staaten nur übrig geblieben – aller dieser Staaten? Nein, Kuba setzt dem Imperialismus nach wie vor Widerstand entgegen.

Kuba – zwischen Imperialismus und Revolution



Kuba, das steht für Guerilla-Kampf, Revolution, Che Guevara, Widerstand gegen den US-Imperialismus und Castros Herrschaft. Kann dies heute ein Orientierungspunkt für SozialistInnen sein? Wo steht Kuba heute? Kann sich Kuba halten? Welche Impulse können für SozialistInnen von Kuba ausgehen?

Von Stephan Kimmerle, Stuttgart

Auch heute noch – 42 Jahre nach der Revolution – ist die Entwicklung Kubas beeindruckend: Auf der Grundlage der Verstaatlichung der Industrie und der Enteignung des Grund und Bodens, der Kollektivierung der Landwirtschaft und eines Außenhandelsmonopols als Schutz der Wirtschaft vor dem imperialistischen Weltmarkt gelang in Kuba die Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung auf ein für ganz Lateinamerika einmaliges Niveau: Das Gesundheits- und das Bildungssystem sind heute noch deutliche Beispiele der Errungenschaften der Revolution: Die Zahl der LehrerInnen wurde verdoppelt, die der ÄrztInnen hat sich von 6.000 auf 60.000 verzehnfacht, das Bildungssystem wurde verstaatlicht und kostenlos zugänglich gemacht, eine 9-jährige Schulpflicht für alle eingeführt, das Analphabetentum wurde überwunden (vor der Revolution konnten in einigen Regionen mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht lesen, landesweit war dies knapp ein Viertel). Alle

staatlichen Gesundheitsdienste sind kostenlos, Impfprogramme wurden flächendeckend durchgeführt, die hygienischen Bedingungen verbessert. Malaria und Typhus wurden ausgerottet. Die Kindersterblichkeit wurde drastisch gesenkt (auf 6,5 von 1.000 und damit einem Stand vergleichbar der „1. Welt“), die Lebenserwartung stieg auf 74 Jahre (etwa 10 Jahre über dem lateinamerikanischen Durchschnitt).

US-amerikanische Vorherrschaft

Und das alles fand statt im „Hinterhof“ der USA, den der US-Imperialismus als „natürliches Anhängsel des nordamerikanischen Kontinents“ (so der Außenminister und spätere Präsident der USA, John Quincy Adams, 1823) ansah. Die US-Unternehmen kontrollierten Kubas Wirtschaft. Kuba wurde genutzt als Urlaubs- und vor allem Bordellinsel, als billiger Rohstofflieferant und Abnehmer von Fertigprodukten und Lebensmitteln,

von denen über 50 Prozent aus den USA kamen. So entstanden wechselnde politische Regierungen von US-Gnaden. Dies mündete in der Diktatur Batistas – als Bollwerk gegen die stärker werdende Arbeiterbewegung sowie Bewegungen der BäuerInnen und LandarbeiterInnen. In ihrer Funktion als Bollwerk wurden diese US-gestützten Regierungen auch von den kubanischen Kapitalisten und Großgrundbesitzern als notwendiges Übel angesehen. Während die kubanische KP (Kommunistische Partei) gemäß der stalinistischen Ideologie in „Volksfronten“ gemeinsam mit den Bürgerlichen versuchten, den Kapitalismus zu entwickeln (die KP unterstützte anfangs sogar Batista und war mit 2 Ministern in seiner Regierung), wurde immer deutlicher: Die Kapitalisten Kubas, die Plantagen- und Großgrundbesitzer waren viel zu eng verflochten mit den US-amerikanischen Abliegern in diesen Wirtschaftsbereichen, um sich dagegen aufzulehnen. Gleichzeitig wurde die Situation unter der korrupten Militärdiktatur Batistas immer unerträglicher. Die politische Schwäche der Arbeiterbewegung, vor allem die Verwirrung der KP, führte dazu, dass andere Parteien den Unmut ausdrückten, allen voran die „Partei des kubanischen Volkes“. Ihr Programm richtete sich gegen die um sich greifende Korruption und für „wirtschaftliche Unabhängigkeit, politische Freiheit und soziale

Gerechtigkeit“. Ihre Zusammensetzung war eher kleinbürgerlich und ihre Ziele orientierten sich an einer bürgerlichen Demokratie, zum Teil an den USA. Einer ihrer Kandidaten zu den Wahlen 1952 war Fidel Castro, ein junger Rechtsanwalt. Batista unterdrückte jedoch die Reste bürgerlicher Demokratie, die Wahlen wurden abgesagt.

Ohne klares Programm, aber frustriert und enttäuscht, griff Castro zu wilden Aktionen: Er verklagte Batista – wegen des Bruchs der Verfassung – was natürlich von den Gerichten abgewiesen wurde, und führte schließlich eine 165 Personen „starke“ Gruppe schlecht bewaffnet in einen aussichtslosen Kampf gegen die Moncada-Kaserne im Zentrum von Santiago de Cuba. Dieser 26. Juli 1953 wird auch heute noch als Feiertag, als Ursprung der kubanischen Revolution gefeiert. Vor allem die Kühnheit dieses aussichtslosen Kampfes machte Castro bekannt. Seine unbeugsame Haltung vor Gericht stärkte seinen Ruf.

Guerilla-Krieg

Im Exil, nach dem Gefängnis, lernte Fidel Castro in Mexiko Ernesto „Che“ Guevara kennen, von wo aus sie einen 3-jährigen Guerilla-Kampf gegen Batista starteten. Im Nachhinein erklärt Castro in einer von Che stark beeinflussten Rede, der zweiten Deklaration von Havanna: „Unter den gegenwärtigen historischen Bedingungen Lateinamerikas kann die nationale Bourgeoisie [Kapitalistenklasse] den antifeudalen und antiimperialistischen Kampf nicht anführen. Die Erfahrung zeigt, dass in unseren Nationen diese Klasse, auch wenn ihre Interessen zu denen des Yankee-Imperialismus im Widerspruch stehen, unfähig gewesen ist, jenen die Stirn zu bieten, paralyisiert [gelähmt] durch die Angst vor der sozialen Revolution und erschreckt durch die Stimme der ausgebeuteten Massen.“

Diese Unfähigkeit der nationalen Herrschenden, die Aufgaben der klassischen bürgerlichen Revolution durchzuführen, wurde als erstes von Leo Trotzki 1905 in Russland analysiert. In seiner Theorie der Permanenten Revolution geht er davon aus, dass deshalb die drängenden, ungelösten Aufgaben der bürgerlichen Revolution in den unterentwickelten Ländern nicht von den Kapitalisten, sondern von der Arbeiterklasse angegangen werden müssen, die Arbeiterklasse dabei aber nicht stehen bleiben kann, sondern die Revolution weitergehen wird und sozialistische Aufgaben (in der Permanenz der Revolution) auf die Tagesordnung stellt. Mit der Perspektive der Ausweitung der sozialistischen Revolution international entsteht so ein Ausweg auch für die Entwicklung der kolonialen und neo-kolonialen Länder.

Zu einem anderen Schluss kamen Che und Castro (ebenfalls aus der Deklaration von Havanna): „1. Die Volkskräfte können einen Krieg gegen die Armee gewinnen. 2. Nicht immer muss



Che Guevara und Fidel Castro – einig beim Sturz der Diktatur, aber verschiedener Meinung bei der Wirtschafts-

man warten, bis alle Bedingungen für die Revolution gegeben sind; der aufständische Brennpunkt kann sie schaffen. 3. Im unterentwickelten Amerika müssen Schauplatz des bewaffneten Kampfes grundsätzlich die ländlichen Gebiete sein.“ Auf den Aufbau einer starken Arbeiterbewegung, einer verankerten, revolutionären Partei und des Kampfes um ein sozialistisches, revolutionäres Bewusstsein der ArbeiterInnen mögen sie „nicht warten“, sondern der bewaffnete Kampf der Guerilla soll diese Bedingungen ersetzen. Dabei wird das Zentrum der Kämpfe von der Stadt – der Arbeiterklasse – aufs Land zu den LandarbeiterInnen und BäuerInnen verlegt.

Die Arbeiterklasse ist für SozialistInnen aufgrund ihrer wirtschaftlichen und politischen Stellung die entscheidende Kraft in der Gesellschaft. Sie ist die Klasse in der Gesellschaft, die keinen individuellen Ausweg anstreben kann: ArbeiterInnen können ihre Produktionsmittel nicht einzeln, individuell in Besitz nehmen: ein Großbetrieb kann nur gemeinsam übernommen werden. Gleichzeitig ist die Arbeiterklasse bei der Produktion kollektiv organisiert, d.h. ein gemeinsamer Erfahrungsaustausch, ein gemeinsamer Kampf und gemeinsame Schlussfolgerungen können sich entwickeln – im Gegensatz zum Beispiel zur vereinzelt Lage von BäuerInnen. Auch die gesellschaftliche Macht ballt sich heute in der Industrie. Die Landwirtschaft ist letztendlich vom Stand der industriellen Entwicklung abhängig.

Das heißt, die Arbeiterklasse ist ökonomisch in der Lage, die Gesellschaft in die Hand zu nehmen und aus Unterdrückung und Elend zu führen. Und sie ist politisch in der Lage, aus einer kollektiven Kampfform, zum Beispiel aus Streik- oder Betriebskomitees heraus ein Rätssystem zu schaffen, das zur Keimzelle einer gesunden, sozialistischen Gesellschaft werden kann.

Ein Guerilla-Krieg kann den bürgerlichen Staat unter Druck setzen, im Falle Kubas oder Chinas – unter besonderen historischen Umständen – sogar stürzen. Spätestens beim Aufbau einer neuen Ordnung ist aber die entscheidende Frage, ob die Arbeiterklasse diesen Aufbau trägt, ob eine sozialistische Demokratie, mit jederzeitiger Wähl- und Abwählbarkeit, ohne Privilegien für gewählte VertreterInnen geschaffen werden kann. Die Strukturen einer (Guerilla-)Armee dienen eher dazu, neue Herrschaftsformen zu entwickeln. So wurden auch in Kuba die alten Unterdrückungsformen durch die Dik-

tatur einer Castro unterstellten Bürokratie ersetzt, die ihre Wurzeln im Apparat der Guerilla und der stalinistischen KP hatte. Der bewaffnete Kampf einer Partisanen- oder Guerilla-Armee kann hilfreich sein, vorausgesetzt er ist dem Kampf und der Selbstorganisation der Arbeiterklasse untergeordnet und versucht gerade nicht an die Stelle dieser „Bedingungen für die Revolution“ zu treten.

Die kubanische Revolution

Am 1. Januar 1959 wurde Batista vertrieben, die alte Ordnung war zusammen gebrochen. Gegen das letzte Aufbäumen der Militärs riefen die Guerilla-Kämpfer die Arbeiterklasse (die sie sonst links liegen gelassen hatten) zum Generalstreik auf und die Armee musste endgültig kapitulieren. Unklar war noch, was jetzt kommen sollte. Das Programm in den 3 Jahren Guerilla-Krieg war die Wiedereinsetzung der Verfassung von 1940 und soziale Reformen. Das erste Kabinett bestand aus vielen angesehenen Personen des liberalen Kuba.

Vor 1959 pries Che Guevara Fidel Castro als „authentischen Führer der linken Bürgerlichen“. Nur wenige der Guerilleros hatten wie Che den Anspruch, Sozialisten zu sein. Castro versuchte von allen Seiten – auch in den USA – Unterstützung zu bekommen, wo aber allem kubanischen Nationalstolz zum Trotz eine bedingungslose Unterordnung verlangt wurde.

Castro war gleichzeitig radikal genug, um soziale Reformen ernsthaft anzugehen: die Mieten wurden für die Unterschicht um 30 bis 50 Prozent gesenkt, die Tarife für Strom und Telefon sowie für Medikamente gesenkt, die Löhne der Zuckerrohrarbeiter erhöht. So wie früher deutlich geworden war, dass sich die Unternehmer und Großgrundbesitzer im Zweifelsfall gegen die nationale Unabhängigkeit stellten, wenn sie ihre Interessen bedroht sahen, so forderten diese sozialen Reformen ihren ganzen Widerstand heraus. Als Castro mit der Landreform ernst machte und allen Großgrundbesitz enteignete kam es zum Bruch zwischen Castro und den bürgerlichen Kräften in Kuba und den hinter ihnen stehenden US-Imperialisten.

Gleichzeitig setzte sich Castro innerhalb Kubas mit allen Mitteln gegen seine Konkurrenten durch. Castro versuchte sich gegen den US-Imperialismus auf die Massen zu stützen und gleichzeitig seine Position über den Massen Kubas zu festigen.

Dabei hatte und hat Castro einigen Rückhalt in der Bevölkerung:



Die Revolution in Kuba 1959 erfasste alle Teile der Gesellschaft: Che Guevara im lebhaften Gespräch mit begeisterten Jugendlichen

Der Kapitalismus hat nicht gesiegt – er ist nach dem Zusammenbruch aller nicht-entstand entgegen und genießt eine hohe Anziehungskraft unter vielen Linken



und Gesellschaftspolitik nach der Revolution

Die Errungenschaften der Revolution und die Kraft sich gegen den US-Imperialismus zu behaupten, sind nach wie vor populär. Castro verstand es aber, die Unterstützung, zum Beispiel in den „Komitees zur Verteidigung der Revolution“, streng unter Kontrolle zu halten: Dort gab und gibt es mehr Aussprache über Pläne der Regierung als zum Beispiel in der DDR je möglich war. Allerdings dürfen keinerlei Parteien gebildet werden, GegenkandidatInnen gibt es nicht; letztendlich dürfen die Massen nur ihr Ja oder Nein zu vorgegebenen Fragen abgeben. Mit lebendiger Arbeiterdemokratie hat das nichts zu tun. Auch in Castros eigener Machtbasis, dem Zusammenschluss der früheren KP mit der Guerrilla, will sich Castro Demokratie nicht leisten: Die Mitgliedschaft wurde immer wieder gesäubert, der erste „Parteitag“ fand erst 1975 – 10 Jahre nach der Gründung der Partei – statt. Dabei kam ihm – bei beiden Zielen, der Behauptung gegenüber den USA und der Kontrolle über die Revolution – die Sowjetunion zu Hilfe. Mitten im kalten Krieg hatte die sowjetische Bürokratie zwar keinerlei Interesse, revolutionäre auf Arbeiterdemokratie ausgerichtete Kräfte international zuzulassen. Dazu fürchtete sie zu sehr die Rückwirkung auf die UdSSR selbst. Sie versprach sich aber in Kuba eine Ausweitung ihres Machtbereichs bei gleichzeitiger Kontrolle der Revolution.

Die USA heizen die Revolution an

So eskalierte der Konflikt mit den USA einerseits und andererseits wuchs die sowjetische Unterstützung. Kuba begann sowjetisches Erdöl zu importieren, die US-Ölraffinerien weigerten sich, es zu verarbeiten. Sie wurden daraufhin verstaatlicht. Der US-Kongress kürzte deshalb Kubas Zuckereinfuhrquote. Zwei Tage danach enteignete der kubanische Ministerrat alle US-amerikanischen Unternehmen. Die Zuckerquote wurde von den USA ganz gestrichen. Die UdSSR erklärte, allen kubanischen Zucker, der für den US-Markt vorgesehen war, aufzukaufen. Am 19. Oktober 1960 verboten die USA alle Exporte nach Kuba, später wurde daraus ein generelles Handelsembargo, das in seinen Grundzügen – mal etwas verschärft, mal etwas gelockert – bis heute als Blockade der kubanischen Wirtschaft in Kraft ist. Insgesamt wurden etwa 6.000 US-Firmen verstaatlicht (woraus die zehn größten US-Multis heute eine Schadenserstattungsforderung an Kuba von insge-

samt etwa 50 Milliarden US-Dollar ableiten) – was nochmals die Dominanz der US-Unternehmen auf Kuba vor der Revolution unterstreicht.

Die Eskalation und Castros Misstrauen gegenüber der Arbeiterklasse trieben Kuba in einen Staat nach dem Vorbild der Sowjetunion und Osteuropas: Mit einer verstaatlichten Wirtschaft, einem Außenhandelsmonopol als Schutz vor dem Weltmarkt, mit einer geplanten Wirtschaft, aber ohne jede wirkliche Arbeiterdemokratie, ohne Räte, in denen die Beschäftigten über die Arbeits-, Lebens- und Produktionsbedingungen entscheiden können.

Invasion in der „Schweinebucht“

Der US-Imperialismus gab sich allerdings noch nicht geschlagen. US-Präsident Eisenhower wies den CIA im März 1960 schon an, eine militärische Invasion durch Ausbildung von Exil-Kubanern vorzubereiten. Sein Nachfolger John F. Kennedy ließ am 15. April 1961 wichtige Stützpunkte der kubanischen Luftwaffe bombardieren. Das war die Vorbereitung der Invasion am 17. April 1961 von in den USA ausgebildeten 1.500 Exil-Kubanern an der Südküste Kubas, in der sogenannten „Schweinebucht“. Für sie ein militärisches Desaster: die kubanische Revolution behauptete sich und Castro ging gestärkt aus diesem Konflikt hervor. Erst durch diese Eskalation getrieben, bezeichnete Castro Mitte April erstmals die Umwälzung auf Kuba als „sozialistische Revolution“.

1962 kam es nochmals zu einer militärischen Konfrontation. Nach der Stationierung von sowjetischen Kontinentalraketen auf Kuba, spitzte sich der kalte Krieg zwischen USA und UdSSR zu. Das Ende der „Raketenkrise“ war die Zusage der UdSSR, diese Raketen abzugeben, wenn die USA ihrerseits auf jede militärische Intervention in Kuba verzichteten.

Che: für Internationalismus, gegen Privilegien

Che versuchte die kubanische Erfahrung danach zunächst auf den Kongo, dann auf Bolivien zu übertragen und in beiden Ländern eine Guerilla-Armee aufzubauen. Doch sein fehlendes Verständnis für die Rolle der Arbeiterklasse und der Versuch, revolutionäre Bedingungen durch eine Guerilla-Armee zu schaffen, erwiesen sich in beiden Fällen als unfruchtbar. Er wurde in Bolivien von der staatlichen Armee festgenommen und am 8. Oktober 1967

ermordet.

Was ihn aber dazu getrieben hatte, Kuba zu verlassen, war sein Internationalismus und seine mangelnde Bereitschaft, sich mit der neu entstehenden privilegierten Schicht in Kuba zu arrangieren.

Noch kurz vor seinem Tod, als er von seinen Mördern gefragt wurde, ob er Argentinier (dort wurde er geboren) oder Kubaner sei, antwortete er: „Ich bin Kubaner, Argentinier, Bolivianer, Peruaner, Ecuadorianer (...) verstehst du?“ Er wusste, dass die Macht des Imperialismus nur durch die internationale Ausweitung der sozialistischen Revolution gebrochen und nur so eine neue Gesellschaft geschaffen werden kann.

Gleichzeitig wies er alle Privilegien zurück. Er bestand auch als Chef der Nationalbank darauf, kein höheres Gehalt, sondern den Minimallohn als „Commandante“ zu erhalten. Als er entdeckte, dass er höhere Lebensmittelzuteilungen als einfache ArbeiterInnen bekam, kürzte er sie sofort. Legendär wurden auch seine Ernteinsätze. Nachdem er die UdSSR besucht hatte, war er vom Lebensstil der Bürokratie abgestoßen: „So, das hiesige Proletariat ist von französischem Porzellan, ja?“, war sein Kommentar. Er sprach später auch von einem „Schweinebucht“ in der UdSSR. Als zunehmend Planer und Berater aus der UdSSR, der CSSR und Ungarn nach Kuba kamen und Castro alle Initiative von unten in erster Linie als Bedrohung auffasste, entwickelten sich auf Kuba mehr und mehr bürokratische Beschränkungen. Ches Idee, der Ausweitung der Revolution in der ganzen kolonialen Welt, lief dies zuwider. Ohne klares Verständnis, wie diese Entgleisung der Revolution möglich war, trieb es ihn doch weg aus Kuba. Er war und blieb ein Revolutionär, der keinen Frieden machen konnte mit Ausbeutung und Unterdrückung oder irgendwelcher Privilegien.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten

In den Jahrzehnten nach der Revolution konnte mit Hilfe der Sowjetunion und der anderen stalinistischen Staaten aber vor allem auf der Grundlage der staatlichen Planung ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum bis Mitte

der 80er Jahre erzielt werden. Die Unterschiede zwischen den Regionen wurden vermindert, das Gesundheits- und Bildungssystem aufgebaut. In den 80er Jahren traten erste wirtschaftliche Schwierigkeiten auf, doch dann kam der Zusammenbruch der Ostblock-Länder.

Kuba stand nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion vor der größten Krise seit 1959: Der Lebensstandard fiel auf ein in den 80ern nicht mehr vorstellbares Niveau. 1994 war der durchschnittliche Monatslohn auf dem Schwarzmarkt gerade noch 2 US-Dollar wert. Die Inlandsproduktion von Lebensmitteln ging um 50 Prozent zurück und die Nahrungsmittellieferungen aus dem Ostblock, die 40 Prozent der konsumierten Lebensmittel ausgemacht hatten, fielen zum größten Teil ersatzlos weg. Verschiedene Quellen gehen von einem wirtschaftlichen Einbruch zwischen 1989 und 1993 von 37 bis 48 Prozent aus.

Als Reaktion auf die wachsenden Probleme und einen wuchernden Dollar-Schwarzmarkt, trat Castro die Flucht nach vorn an: Im Juli 1993 wurde der US-Dollar auf Kuba als Zweit-Währung legalisiert. Dieses Zugeständnis, die Akzeptanz der Hauptwährung des Imperialismus, war ein Schlag ins Gesicht des Selbstbewusstseins der Revolution.

Die Errungenschaften der Revolution in Gefahr

Die soziale Ungleichheit wuchs enorm. Wer an Dollar kommt, sei es über seinen Beruf (Köche, Barkeeper, KellnerInnen, TaxifahrerInnen) oder durch Überweisungen von Exil-Kubanern, kann sich mit den subventionierten Grundnahrungsmitteln ein relativ gutes Leben leisten. Für die anderen sank der Lebensstandard. Mit dem sozialen Elend fand auch die Prostitution wieder Einzug auf der Insel.

Kubaner wurde auch wieder erlaubt, ArbeiterInnen anzustellen und diese in Dollars zu entlohnen. Mittlerweile arbeiten 60.000 KubanerInnen in joint-venture-Betrieben. Etwa 1 Million (von 11 Millionen) Menschen einschließlich der mitarbeitenden Familienangehörigen lebt von selbständiger „Arbeit auf eigene Rechnung“. Mehr als 4.000 ausländische Unternehmen haben

sich bereits auf Kuba angesiedelt.

Eine besondere Rolle spielt der Tourismusbereich, der stark unter privatwirtschaftliche Kontrolle fällt und mittlerweile zumindest vom Devisenumsatz die Zuckerproduktion übersteigt. Er verzeichnete enorme Wachstumsraten.

Ab 1994 bis heute konnten insgesamt wieder Wachstumsraten zwischen 0,7 und später über 7 Prozent erzielt werden. Damit ist das Niveau von 1989 noch nicht erreicht. Bürgerliche Kommentatoren schreiben dieses Wachstum vor allem den marktwirtschaftlichen Reformen zu. Da Privatisierungen und joint-ventures immer so funktionieren, dass einzelne Rosinen heraus gepickt werden, profitable Bereiche privatisiert und die Kosten der Allgemeinheit überlassen werden, kann durchaus zutreffen, dass diese Bereiche hohe Wachstumszahlen vorweisen können. Unerklärt bleibt mit dieser Theorie dennoch, dass Kuba eines der wenigen Länder der „3. Welt“ ist, das nach 1997 nicht von der allgemeinen internationalen Wirtschaftskrise getroffen wurde und zumindest insgesamt weiter Wachstumsraten vorweisen kann. Trotz enormer Zugeständnisse an den kapitalistischen Weltmarkt steht Kubas Industrie und Landwirtschaft im Wesentlichen noch unter staatlicher Kontrolle und Planung. Auch das Außenhandelsmonopol gilt noch in weiten Bereichen (trotz seiner formalen Abschaffung). Dies schützte Kubas Wirtschaft vor den internationalen Auswirkungen der Krise, die sonst auch gerade Lateinamerika hart traf.

Ein Ausweg für Kuba?

Entscheidenden Anteil an der Misere in Kuba hat die über 40-jährige Last der US-Blockade. Der Kampf gegen den Imperialismus und diese Knebelung kann nur international geführt werden. Gerade die Bewegungen der Arbeiterklasse und der unterdrückten Massen in Ecuador, die Entwicklungen in Venezuela, die Generalstreiks in Argentinien oder die Landlosenbewegung in Brasilien zeigen auch im Lauf des letzten Jahres: Es gibt genug Ansatzpunkte in Lateinamerika (aber auch darüber hinaus) für revolutionäre, sozialistische Bewegungen, die so notwendig wären, für diese Länder, für die Unterstützung Kubas und weltweit. Doch Castro und die kubanische Bürokratie haben sich nie auf die Arbeiterklasse und ihre Fähigkeit zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft gestützt – weder in Kuba noch sonst wo. Durch ihr

Auftreten, ihre undemokratische und auch die wirtschaftliche Entwicklung verhemmende Rolle sind sie nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Auch die Unterstützung der Arbeiterklasse und der hispanischen Bevölkerung in den USA wird enorm erschwert durch das undemokratische Regime Castros.

Mit den marktwirtschaftlichen „Reformen“ wächst aber auch die Gefahr in Kuba: Der größte Rückhalt der Revolution, der Grund warum Kuba bis heute überleben konnte, war der Rückhalt in der Bevölkerung. Gerade hier droht die neue Ungleichheit den meisten Schaden anzurichten. Und diese Ungleichheit nimmt zu, eine neue soziale Schicht der Selbständigen in den Städten und auf dem Land entsteht. Neue ausländische Investoren drängen ins Land. So ist auch der Kurs der EU zu verstehen, die sich gegen die US-Sanktionen ausspricht: Hier wird versucht, massiv ins Geschäft zu kommen und die Insel für Profite zurück zu holen – anders als die exilkubanischen Kreise auf Miami sich das vorstellen, aber zur Zeit weit effektiver: Die europäischen Investitionen werden insgesamt auf 710 Millionen US-Dollar jährlich geschätzt.

Mit der Ausweitung der jetzigen Krise der US-Wirtschaft ist auch Kuba bedroht: Ein Fall der Zucker- oder Nickelpreise kann Kuba hart treffen, wenn die Kosten der Krise weiter auf die Rohstoffproduzenten in der „3. Welt“ abgewälzt werden sollen. Die Tourismus-Industrie wird den Ausfall zahlungsfähiger Touristen aus Europa oder Nordamerika ebenfalls zu spüren bekommen. Alle marktwirtschaftlichen Öffnungen können schnell ihren Tribut fordern. Doch wie wird Castro (oder seine Nachfolger) reagieren? Ohne die Perspektive auf eine Entwicklung der Wirtschaft in demokratisch geplanter, sozialistischer Kooperation der Länder Lateinamerikas und weltweit bleibt wenig mehr als die „Hoffnung“ auf Brosamen des Weltmarktes und des IWF – mit allen damit verbundenen Bedingungen. Von Castro ist keine sozialistische Alternative zu erwarten – was ihn zwingt, den marktwirtschaftlichen Weg weiter zu gehen. Es wird die Aufgabe der Arbeiterklasse sein, die äußeren und inneren Angriffe auf die Errungenschaften der Revolution zurückzuschlagen.

Beachtlich ist und bleibt, dass Kuba als nicht-kapitalistisches Land im Hinterhof der Yankees auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion durchgehalten hat – zwischen Imperialismus und Revolution. ■

Buch-Veröffentlichung

„Castros Kuba – eine marxistische Kritik“ von Peter Taaffe

Wie kam es zur kubanischen Revolution?
Was unterscheidet Castro von Lenin?
Ist Kuba sozialistisch?
Gibt es eine privilegierte Elite?
Welche Differenzen gab es zwischen Che Guevara und Castro?
In welchem Verhältnis standen Kuba und die Sowjetunion nach 1959?
Wie kann Kuba gegen das US-Embargo verteidigt werden?
Mit welchem Programm und mit welcher Politik kann eine sozialistische Demokratie in Kuba und ganz Lateinamerika erreicht werden?



Auf diese und andere Fragen wird in dem Buch „Castros Kuba“ ausführlich eingegangen. Der Autor Peter Taaffe ist Generalsekretär der Socialist Party in England und Wales und Mitglied im Internationalen Sekretariat des CWI. Das Buch wird zum ersten Mal auf den Sozialismustagen der SAV Mitte April in Berlin erhältlich sein. Dort wird Peter Taaffe das Buch selber vorstellen

Die kubanische Regierung versuchte ihre Unterstützung auch mit einer Werbekampagne „100% kubanisch“ zu sichern. Aus diesem Motto entstand dieses Gedicht von Pedro Luis Ferrer, 1992:

100% kubanisch!

Mein Kuba ist ja
Hundertprozentig kubanisch
Und so reservier' ich mir morgen
Das beste Hotel von Havanna.
Dann fahr ich nach Varadero
Und miet' mir ein Haus am Strand
Mit diesem meinem Geld,
das ich mir bei der Zuckerrohrrente verdient hab.

Mein Kuba ist ja
Hundertprozentig kubanisch
Und so reservier' ich mir morgen
Eine Yacht im Hafen von Barlovento.
Ich will einen Nachmittags lang
Langusten fischen gehen
Und in all seiner Pracht
Den Reichtum meiner Küsten genießen.
Kuba, schön wie ein Spiegel
Wenn wir nicht gleichmäßig teilen.
Kuba, kubanisch zu hundert Prozent,
und als erstes bekommen die Kubaner!

Mein Kuba ist ja
Hundertprozentig kubanisch
Und so lad' ich mit meinem kubanischen Geld
Gern auch die Ausländer ein.
Ich wird' in allen Läden kaufen,
die in meinem Land offen sind,
mit diesem meinem Geld,
das so kubanisch ist wie ein Mambi.

Mein Kuba ist ja
Hundertprozentig kubanisch
Und so reservier' ich mir morgen
einen Platz im Flugzeug.
Ich will in den Süden reisen
Um die Armut zu sehen

Lateinamerika in Aufruhr

Mexiko – Marsch der Zapatisten Gerechtigkeit – aber wie?

Im März zog eine motorisierte Karawane der Zapatisten, eskortiert durch die mexikanische Polizei, in Mexiko-City ein. Mehrere Wochen zuvor waren die Anführer der Zapatisten in ihrer Bastion, dem südlichen Bundesstaat Chiapas, zu ihrem Protestzug aufgebrochen. Sie wurden von über hunderttausend DemonstrantInnen in Mexiko City begrüßt. Unter dem Druck der breiten Sympathie für die Zapatisten ist Präsident Fox einstweilen gezwungen, Kreide zu fressen und Verhandlungen zuzustimmen. Aber welche Aussichten auf Erfolg haben die Zapatisten?

Von Frank Nitzsche, Siegen

Ihr Vorbild und Namensgeber der Bewegung, der revolutionäre Bauernführer Emiliano Zapata, war 1914 in die Stadt gekommen, um die Macht zu erobern. Die Zapatisten von heute haben sehr viel bescheidenere Ziele. Sie fordern allgemein „Gerechtigkeit“. Konkret sollte der Marsch von 23 EZLN-Führern nach Mexiko-City zur Durchsetzung eines Gesetzes dienen, das Respekt und Beachtung für die indigene Bevölkerung fordert. Dieses Gesetz wurde von Vicente Fox selbst im Parlament vorgestellt. Die Zapatisten trauen ihm zwar nicht, Marcos meinte aber, dass er ein unbeschriebenes Blatt sei und sich noch nicht negativ verhalten habe!

Damit besteht die Gefahr, dass Illusionen in die konservative Regierung geschaffen werden, da dieser Marsch von vielen Mexikanern mit der Hoffnung auf größere Veränderungen verbunden wird. Hoffnungen, die diese Regierung niemals erfüllen wird.

„Viva Zapata!“

Als am 1. Januar 1994 im mexikanischen Bundesstaat Chiapas

ein bewaffneter Bauernaufstand der „Nationalen Zapatistischen Befreiungsarmee“ (EZLN) losbrach, löste er eine politische Krise in der mexikanischen Regierung und eine Begeisterungswelle in den unterdrückten Schichten in ganz Lateinamerika aus.

Die Zapatisten, mit ihrem geheimnisumwitterten Führer „Subcomandante Marcos“, wurden im Bewusstsein der ArbeiterInnen, der BäuerInnen und besonders der Jugend ein Symbol des Widerstandes. Die Forderungen der Rebellenarmee der indigenen Bevölkerung in Chiapas, nach kulturellen und wirtschaftlichen Rechten, wurden von vielen MexikanerInnen unterstützt, ein Ausdruck des eigenen Wunsches nach Veränderungen. Seit 1921 hatte die PRI ununterbrochen die Regierungsgewalt inne. Im vergangenen Jahr unterlagen sie bei den Wahlen, der Kandidat der konservativen PAN, Vicente Fox (ein ehemaliger Manager des Coca-Cola Konzerns) wurde zum Präsidenten gewählt.

Der Aufstand von 1994 wurde von mexikanischen Regierungstruppen brutal niedergeschlagen. Dennoch sah sich die Regierung später zu einer Reihe von Verhandlungen mit der EZLN gezwungen, die den Aufständischen aber kaum Fortschritte brachten.

Im Juli/August 1996 wurde im Dschungel von Chiapas das erste „Interkontinentale Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neo-Liberalismus“ mit über 4.000 TeilnehmerInnen aus der ganzen Welt abgehalten. Die EZLN brachte sich damit wieder in die internationale Diskussion. Die Friedensmärsche der Zapatisten von 1997, die ihren Forderungen Nachdruck verleihen sollten, führten zur Gründung des „politischen Armes“ der EZLN, nämlich der FZLN, die besonders in den Städten aktiv sein sollte. Diese versteht sich als eine zivile und pazifistische Or-

ganisation zur Begleitung von sozialen Kämpfen und will „den Wandel in Richtung Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit unterstützen“.

Keine Systemalternative

Schon sehr früh machte Marcos deutlich, dass die Zapatisten auf die Eroberung der Macht verzichten, aber gleichzeitig das Ziel einer Demokratisierung Mexikos verfolgen wollen. Seiner Ansicht nach sollten sich in und um die FZLN alle „kritischen, demokratischen“ Kräfte sammeln, revolutionäre Gruppen würden als „ultra-links“ nicht toleriert werden.

Die Zapatisten sehen sich selber regionale Bewegung in Chiapas an, sie haben auch nicht den Anspruch, irgendwelche Lösungen für die ArbeiterInnenklasse, oder die Bauernschaft im allgemeinen zu haben. Dementsprechend wird nicht einmal die Enteignung der Großgrundbesitzer (Caciques) und die Verteilung des Landes an die armen Bauern gefordert.

Dritter Weg?

Während des internationalen Treffens Mitte 1996 wurde die „Weltanschauung“ der EZLN relativ deutlich. Die stalinistischen Staaten im Osten sind gescheitert, damit nach Meinung der Zapatisten auch die sozialistische Perspektive, weil sie fälschlicherweise annehmen, dass die Ostblockstaaten sozialistisch gewesen seien. Ein „dritter, wirklich demokratischer Weg“ sollte nun für Mexiko gefunden werden. Wie der aussehen soll bleibt allerdings völlig unklar.

Der Kampf um „Respekt“ für die indigene Bevölkerung, der Kampf um Arbeit und Einkommen für die arme Bevölkerung auf dem Land und die ArbeiterInnen in den Städten lässt sich nicht von dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft trennen. ■

Argentinien kocht über „Die explosivste Krise seit einem Vierteljahrhundert“

Am Freitag, 16. März, verkündete der neue Wirtschaftsminister López Murphy sein Sparpaket, mit dem Argentinien die Auflagen des IWF erfüllen sollte. Vor dem Hintergrund einer drohenden Zahlungsunfähigkeit (ein Viertel aller Staatsanleihen der „Dritten Welt“ sind argentinisch) sah es Kürzungen vor allem bei der Bildung, aber auch bei Renten, Gesundheit und Sozialem vor.

Mit dem Ziel, eine Sanierung auf Kosten der Arbeiterklasse durchzusetzen, versuchen die Herrschenden auch die peronistische Opposition ins Boot zu holen. Am Wochenende begannen Studierendenproteste. Der Innenminister erklärte: „Ich kann die Verantwortung für die harte Haltung der Polizei, ohne die sich dieses Programm nicht durchsetzen lässt, nicht auf mich nehmen“ (FR, 19.3.01) und trat zurück.

Am Montag begann eine Streikwelle im Bildungsbereich, Arbeitslosenproteste und Proteste zum 25. Jahrestag des Militärputsches 1976. „Analysten halten die Krise (...) für die explosivste seit einem Vierteljahrhundert“ (Neue Züricher Zeitung, 20.3.01).

Am Montag abend trat López Murphy zurück. Sein Nachfolger Cavallo wird von den Kapitalisten für die Bezwingung der Inflation vor zehn Jahren und einen neoliberalen Crash-Kurs gefeiert. Eine Folge seiner Radikalkur ist die seit 32 Monaten wütende Rezession.

Kein Wunder, dass die Proteste trotz Zurücknahme des Sparpakets weitergingen, obwohl der größte Gewerkschaftsdachverband CGT seinen Generalstreikaufruf zurückzog. Streiks bei



Armut in Argentinien – nicht mehr die Ausnahme, sondern weitverbreitet: Offizielle lebt ein Drittel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 15 Prozent, ohne jede effektive Arbeitslosenhilfe

Bussen, Lastwagen und Flugverkehr, Unibesetzungen, 48-stündige Arbeitsniederlegungen der LehrerInnen und Protestzüge zum Präsidentenpalast.

Aus Buenos Aires berichtet Malena Alderete:

„Trotz Rücktritt von Lopez Murphy gab es Schüler- und Lehrerproteste unter dem Motto 'Es geht nicht um Personen, sondern um das Wirtschaftsmodell an sich'. Viele Leute mussten trotz des Streiks zur Arbeit (bei den nicht-staatlichen Firmen),

obwohl sie keine Verkehrsmittel hatten und die Kinder nicht in den Hort oder in die Schule schicken konnten. Vielen wurde sehr direkt gedroht, sie zu entlassen, falls sie nicht zur Arbeit gehen.“

Die Stimmung unter den Streikenden war sehr kämpferisch, Straßen wurden gesperrt, Musik gespielt, es gab viele Reden. Gestern hat es den ganzen Tag geregnet, es gab überschwemmte Stadtteile und trotzdem gab es im ganzen Land Streiks und Proteste.“ ■

Serie zur Europäischen Union (EU): Teil 1

Rüsten für den Konkurrenzkampf

Kapitalismus bedeutet Konkurrenzkampf. Dem Kampf der Konzerne um Marktanteile entspricht der Kampf kapitalistischer Staaten um Märkte und Rohstoffquellen. Es kommt zu Handelskriegen und manchmal auch zu echten Kriegen. Die Lage nach dem II. Weltkrieg war historisch gesehen eine Ausnahme. Die führenden kapitalistischen Staaten mussten ihre Konkurrenzkämpfe hinten anstellen, denn es gab die Systemkonkurrenz zu dem nicht-kapitalistischen Ostblock. Das viel ihnen auch leicht, da die Wirtschaft weltweit boomte, neue Märkte entstanden und jeder seinen Anteil vom wachsenden Kuchen bekam.

Von Heiner Wiegel, Köln

Heute ist alles anders geworden. Der Ostblock existiert nicht mehr, die wirtschaftlichen Perspektiven sind weltweit düster. Die EU und die USA sind Konkurrenten in der Wirtschaft. Mit dem Euro wollen die Staaten der EU ihre Position gegen die USA und die Vormachtstellung des Dollars stärken. Und sie wollen ihre militärische Position gegenüber der Vormachtstellung der USA stärken. Aber die EU ist anders als die USA nicht ein Staat, sondern ein Bündnis verschiedener Staaten.

„Eine Schnapsidee“, nannte Altbundeskanzler Helmut Schmidt deshalb einst die Vorstellung einer gemeinsamen Außenpolitik Europas. Heute – 20 Jahre später – ist die EU diesem Ziel noch nicht viel näher gekommen.

Nach dem II. Weltkrieg hatten mehrere Staaten der heutigen EU ein Militärbündnis gegründet: die Westeuropäische Union (WEU). Zwischen den Mitgliedsländern gab es nie Probleme, denn bis auf die Ausbildung von Polizisten in Albanien und Minenräumungen in Kroatien hat die WEU nicht viel gemacht.

Die gemeinsame Militärpolitik der EU wurde 1993 mit Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht konkret. Beim Gipfel in Helsinki im Dezember 1999 einigten sich die EU-Staaten darauf, bis 2003 eine sogenannte Krisenreaktionstruppe aufzustellen, die in 60 Tagen einsatzbereit sein soll und ein Jahr lang im Einsatz bleiben kann. Dafür müssen bis zu 200.000 Soldaten bereit gestellt werden. Im Vertrag von Amsterdam heißt es seit 1. Mai 2000: „Die Union erarbeitet und verwirklicht eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.“

Innere Widersprüche

Das ist eine ziemlich idealistische Forderung. Es stimmt zwar,

dass heute kein Land, außer den USA, mehr allein größere militärische Konflikte bestehen kann. Andererseits verhinderte bisher die Konkurrenz zwischen den



einzelnen Mitgliedsstaaten der EU schon den Aufbau der notwendigen Strukturen. Während der Präsident der USA mal eben die Bombardierung von Bagdad befehlen kann, streiten sich die

EU-Mitgliedsstaaten seit Jahren um Posten und nationale Kompetenzen, und das, obwohl die Truppe erst 2003 einsatzbereit sein soll. Die EU ist voller innerer Wi-

dersprüche. Alle sind sich darin einig, dass sie ihre Kräfte bündeln müssen, um gemeinsame imperialistische Interessen auch ohne Hilfe der NATO zu wahren. Aber niemand will seine nationale Ei-

genständigkeit aufgeben. Beim Gipfel in Nizza, der hier den Durchbruch bringen sollte, wurde aber wenig entschieden.

Konkurrent USA

Damit ist die Diskussion um die Militärpolitik der EU aber sicher noch nicht beendet. Im Kern geht es schließlich nicht um die Bekämpfung „humanitärer Katastrophen“ wie zuletzt im Krieg gegen Rest-Jugoslawien behauptet, sondern um die weltweite Ressourcenausbeutung durch die industrialisierten Staaten auf Kosten der schwächeren Länder und Kontinente, um politische und militärische Kontrolle. Das war ja auch schon eine Aufgabe der NATO, die man sonst nach Auflösung des Warschauer Paktes eigentlich hätte abschaffen können. Beim Kampf um die immer knapper werdenden Rohstoffe und Absatzmärkte der Zukunft wird der Feind aber dann immer öfter USA heißen. Der Krieg im Kongo war ein Vorgeschmack darauf: die USA wollen gerne in Afrika mitmischen und unterstützen Kabila, Mobutu hatte gute Beziehungen zu Frankreich, einer ehemals mächtigen Kolonialmacht. Beide waren an den Bodenschätzen des Landes interessiert. Mit den von den USA unterstützten Truppen Kabilas kamen die amerikanischen Bergbauunternehmen ins

Land, die schon Lizenzen kaufen konnten, bevor der Krieg entschieden war.

Die ehemaligen europäischen Kolonialmächte mussten in den letzten Jahren zusehen, wie in Afrika die USA mehr und mehr ihre Rolle übernahmen. Die Staaten der EU sind auch sauer, dass sie im Krieg gegen Rest-Jugoslawien die eindeutige Führungsrolle überlassen mussten.

Aufrüstung

Sie wollen in den nächsten Jahren Milliarden für neue Kampf- und Transportflugzeuge und eine eigene Satellitenaufklärung ausgeben.

Eine gemeinsame europäische Militärpolitik kann vielleicht funktionieren, wenn es gilt, einen gemeinsamen Konkurrenten zu schlagen, aber sie kann nur so lange funktionieren, wie die Einzelinteressen der beteiligten Staaten nicht stärker sind als das gemeinsame Interesse.

So oder so bedeuten die militärische Pläne der Staaten der EU eine ernste Bedrohung. Die breite Masse der Bevölkerung muss nämlich für deren wirtschafts- und machtpolitischen Interessen bezahlen. Die Schlussfolgerung lautet deshalb: Gegen Aufrüstung und gegen alle Kriegseinsätze, egal unter welchem Kommando und unter welchem Vorwand. ■

Britannien vor der Wahl

Die sozialistische Herausforderung

Kaum ein europäischer Staat wurde in den letzten zwölf Monaten ähnlich von Krisen und Katastrophen getroffen wie Britannien. Im letzten Herbst führte die Ölkrise zu einer Protestbewegung, die das Land lahm legte. BSE und Maul- und Klauenseuche zerstören die Landwirtschaft, die Industrie ist von Werkschließungen und Massenentlassungen betroffen. Vor diesem Hintergrund werden wahrscheinlich am 3. Mai die Parlamentswahlen stattfinden. Bei diesen wird Tony Blair es nicht nur mit seinen traditionellen konservativen und liberalen Herausforderern zu tun haben, sondern auch mit der größten Kandidatur links von der Labour Party seit 50 Jahren.

Von Sascha Stanicic, Berlin

Die Sozialistische Allianz in England und Wales, ein Bündnis verschiedener sozialistischer Parteien, Organisationen und Einzelpersonen und die Schottische Sozialistische Partei (SSP) (eine neue breite sozialistische Partei) planen in 170 Wahlkreisen anzutreten. Die Sozialistische Partei (SP), Schwesterpartei der SAV in England und Wales, und auch die schottische Schwesterorganisation der SAV sind aktiver Teil der Allianz beziehungsweise der SSP. Dave Nellist, SP-Stadtrat in Coventry, ist Vorsitzender des nationalen Netzwerks der Sozialistischen Allianzen. In England und Wales werden zehn SP-Mitglieder als KandidatInnen der Sozialistischen Allianz antreten und zwei weitere werden als SP-Kandidaten antreten.

Was ist die Allianz?

Die Entstehung der SSP und der Sozialistischen Allianz ist eine Entwicklung, die auch unter SozialistInnen in Deutschland wahrgenommen und diskutiert wird und die von manchen als ein Modell für die Zusammenarbeit von SozialistInnen und die Erreichung linker Einheit gesehen wird. Ein genauer Blick auf die Sozialistische Allianz ist deshalb sinnvoll.

Diese wurde Mitte der 90er Jahre gegründet und brachte die SP, kleinere sozialistische Gruppen und einzelne AktivistInnen zusammen. Hintergrund der Entstehung war der extreme Rechtsruck der Labour Party und die Verwandlung dieser früheren Arbeiterpartei in eine durch und durch bürgerliche, kapitalistische Partei. Diese Entwicklung konfrontierte die Linke mit neuen Aufgaben: zum einen stellte sich die Frage bei Wahlen gegen Labour anzutreten, zum anderen die Frage, wie eine neue Arbeiterpartei aufgebaut werden kann. Die Sozialistischen Allianzen entwickelten sich zuerst auf örtlicher Ebene und bildeten später ein nationales Netzwerk. Sie sahen ihre Aufgabe in erster Linie darin, Wahlabsprachen unter linken Gruppen zu ermöglichen, um zu verhindern, dass verschiedene linke KandidatInnen gegeneinander antreten und verstanden sich, neben den linken Oppositionsstrukturen in den Gewerkschaften und Ein-Punkt-Bewegungen, als Teil des Prozesses, eine linke Arbeiteralternative zu Blairs Labour Party aufzubauen.

Somit markierten die Allianzen keine neue Partei oder einheitliche Organisation, sondern ein (Wahl-)Bündnis. Dabei verstand sich die Sozialistische Allianz als eine offene und demokratische Struktur, in der die Unterschiede zwischen den verschiedenen teilnehmenden Organisationen anerkannt wurden und versucht wurde, auf der Grundlage der Gemeinsamkeiten eine

Zusammenarbeit zu entwickeln.

Die Rolle der SWP

Mitte 1999 trat die Sozialistische Arbeiterpartei (englisch Socialist Workers Party, SWP, britische „Mutterpartei“ der Organisation Linksruck in Deutschland) in die Sozialistische Allianz ein. Das markierte eine 180-Grad-Wende der SWP. Über Jahrzehnte hatte sie sich gerade dadurch hervorgetan, dass sie nicht an linken Bündnissen teilgenommen hat (es sei denn diese standen unter ihrer völligen Kontrolle) und SozialistInnen, die an Wahlen teilgenommen haben als ReformistInnen und WahlfetischistInnen beschimpft hat. SP und SWP sind die einzigen sozialistischen Organisationen in der Allianz, die ihre Mitgliedschaft nicht in Dutzenden oder wenigen Hundert, sondern in Tausenden zählen können. Aufgrund ihrer relativ starken Basis unter Universitätsstudierenden ist die SWP deutlich größer als die SP und war so in der Lage die Sozialistische Allianz seit ihrem Eintritt zu dominieren und de facto zu übernehmen.

Demokratie oder Zentralismus

Mit der nun einsetzenden SWP-Dominanz in der Sozialistischen Allianz setzte ein Abbau von Demokratie und eine Zentralisierung der Allianz ein. Die SWP sieht die Allianz nicht als einen Schritt hin zu einer neuen Massenpartei der Arbeiterklasse. Sie ignoriert die Tatsache, dass die Allianz heute noch keine Massenkraft ist und sich ArbeiterInnen nicht nur durch die Allianz politisch aktivieren. Anstatt zum Beispiel anzuerkennen, dass es sinnvoll sein kann aus örtlichen Kämpfen heraus lokale Wahlbündnisse zu schließen, vertritt die SWP den Anspruch, dass die Allianz die einzige mögliche Wahlalternative darstellt. Die SWP versuchte auch die Rechte der anderen Mitgliedsorganisationen innerhalb der Allianz zu beschränken, zum Beispiel in dem sie vorschlug, dass nur noch politisches Material der Allianz verteilt und verkauft werden soll. Die demokratischen Strukturen der Allianz ignorierend hat die SWP zum Beispiel im Namen der Allianz Stellungnahmen abgegeben, zu denen es keine Beschlüsse gab und Beschlüsse der Konferenz der Allianz ignoriert.

Beispiel Kommunalwahl in London

Bei den Londoner Kommunalwahlen trat neben der LSA auch die Kampagne gegen die Privatisierung der U-Bahn (CATP) an. Diese Liste von ArbeiterInnen war aus dem Kampf gegen die U-Bahnprivatisierung entstanden und genoss die Unterstützung der Gewerkschaft der U-Bahnbeschäftigten. Die SP trat im Vorfeld der Kommunalwahlen für eine größtmögliche Einheit der Linken auf und schlug eine gemeinsame Liste von LSA und CATP vor. Als dies von der CATP-Führung abgelehnt wurde, schlug die SP vor, dass die LSA bei der stadtweiten Listenwahl nicht gegen die CATP antreten sollte und stattdessen nur KandidatInnen in den Wahlkreisen aufstellen sollte (vergleichbar mit Erst- und Zweitstimme bei den Bundestagswahlen in Deutschland). Dies lehnte die SWP ab und die LSA trat gegen die CATP an, die linken Stimmen wurden gespalten. Die SWP hat auch in anderen Fällen ArbeiterInnen, die eine Arbeiterliste bilden wollten, das Ultimatum gestellt: entweder ihr tretet der Sozialistischen Allianz bei oder diese wird



Tony Blair ist seit vier Jahren eine willfährige Marionette des Kapitals. Für die britische Arbeiterklasse gilt angesichts Blairs Partei, die sich „New Labour“ schimpft: Bei solchen Freunden braucht man keine Feinde mehr. Höchste Zeit eine politische Alternative aufzubauen

gegen euch kandidieren.

Letztlich erzielte die LSA bei der Listenwahl 1,85 Prozent und die CATP 1,12 Prozent – ein Einzug eines linken Kandidaten in den Stadtrat wurde verfehlt. In einigen Wahlkreisen konnte die LSA aber bis zu sieben Prozent erzielen.

Wahlergebnisse

Die SP ist die einzige sozialistische Partei in England und Wales, die bei Kommunalwahlen Stadtratssitze erobern konnte. Sie konnte in den letzten Jahren fünf Sitze in Coventry und Lewisham/London gewinnen. In Preston ist ein bis dahin unabhängiger Stadtrat kürzlich in die SP eingetreten. In den letzten vier Jahren war die SP in über 200 Wahlkreisen bei Kommunalwahlen angetreten und konnte im Durchschnitt 8,3 Prozent erreichen. Damit ist sie innerhalb der Allianz mit Abstand die Partei, die den höchsten Bekanntheitsgrad und Verankerung bei Wahlen hat.

In den letzten Monaten konnten KandidatInnen der Sozialistischen Allianz bei verschiedenen Nachwahlen zwischen fünf und elf Prozent erlangen, was Ausdruck der Möglichkeiten für linke Wahlerfolge ist.

Vor den Parlamentswahlen

Auseinandersetzungen innerhalb der Allianz gab es auch bei der Kandidatenauswahl für die im Mai anstehenden Parlamentswahlen. Die SWP wollte die Kandidatenauswahl in den lokalen Allianzgrup-

pen durchführen, was ihr die Möglichkeit gegeben hätte, diese durch ihre zahlenmäßige Überlegenheit in den meisten Fällen zu bestimmen (ähnliches war vor der Londoner Kommunalwahl geschehen). Durch die Haltung der SP, die diese undemokratischen Maßnahmen ablehnte, konnte ein Kompromiss erzielt werden, der es der SP ermöglicht, zehn KandidatInnen für die Allianz aufzustellen und einen eigenständigen Wahlkampf zu führen.

Wie weiter?

Zur Zeit besteht die Sozialistische Allianz fast ausschließlich aus bestehenden sozialistischen Parteien und Organisationen und einigen unorganisierten „Altlinken“. Bisher unorganisierte und nichtaktive ArbeiterInnen und Jugendliche oder GewerkschaftsaktivistInnen sind kaum aktiv geworden. Um die Allianz auf dieser Grundlage lebensfähig zu halten argumentiert die SP, dass die Unterschiede zwischen den teilnehmenden Gruppen anerkannt werden müssen, die Allianz eine föderale und äußerst demokratische Struktur haben soll, die teilnehmenden Gruppen die Freiheit haben sollen, ihr eigenes Material zu verbreiten und die Allianz keinen Alleinvertretungsanspruch bei Wahlen annehmen darf. Dies steht im Widerspruch zum Vorgehen der SWP, die die Allianz zur Zeit dominieren kann. Die Politik der SWP gefährdet die Zukunft der Allianz. Sie schreckt ArbeiterInnen und Jugendliche ab, die beginnen an Kämpfen teilzunehmen und auf der Suche nach einer politischen Alternative sind. Die LSA könnte das Schicksal der Socialist Labour Party des Bergarbeiterführers Arthur Scargill erleben. Diese wurde 1996 mit großen Erwartungen gegründet, ist aber seitdem wieder in der Versenkung verschwunden, weil die Parteiführung eine extrem zentralistische und undemokratische Struktur durchgesetzt hatte.

Eine neue Massenpartei der Arbeiterklasse wird sich nicht geradlinig von heute auf morgen entwickeln. Sie wird sich aus verschiedenen Quellen speisen: den Gewerkschaften, Ein-Punkt-Bewegungen, lokalen Wahlbündnissen und möglicherweise auch der Sozialistischen Allianz. Um diese verschiedenen Quellen zusammenzuführen bedarf es aber einer konstruktiven und demokratischen Vorgehensweise. Versuche einzelner Gruppen, diese Prozesse zu kontrollieren, können nur zum Scheitern verurteilt sein. Wenn die Sozialistische Allianz – unter der Führung der SWP – so weiter macht, könnte sie von einem Hebel zur Bildung einer neuen Arbeiterpartei zu einem Hindernis werden.

Die SP wird weiterhin alles daran setzen die Sozialistische Allianz zu einem effektiven und demokratischen Bündnis zu machen.

Freitod in Japan

Freitod aus sozialen Gründen in Japan „ist eigentlich erst aufgetaucht, seit es das Thema Arbeitslosigkeit bei uns gibt“, sagt Mitsuru Hisata, Professor in der psychiatrischen Abteilung einer Tokioter Universitätsklinik. 1999 haben 33.048 Erwachsene Selbstmord begangen, fast ausschließlich Männer im Alter zwischen vierzig und sechzig Jahren. Japan wird von einer „rasenden Depressionswelle erfasst, so mörderisch wie ein Tsunami“, sagt Hisata. „Die Angst, gefeuert zu werden, schlägt immer mehr in unkontrollierbare Stresshandlungen um.“

Die Folgen waren bereits im Stadtbild zu besichtigen: Im größten Nahverkehrsbahnhof Tokios hing ein Warnschild mit der Aufschrift „Bitte springen sie nicht in der Hauptverkehrszeit.“ Es wurde erst nach massiven Protesten entfernt (Berliner Zeitung, 7.3.01).

USA: Mikrowellen-Waffe gegen Aufstände

Die US-Regierung stellte Anfang März eine neuartige Strahlenwaffe vor. „Die Waffe könnte für das Niederschlagen von Unruhen und bei Friedensmissionen eingesetzt werden, hieß es“ (FR, 3.3.01).

Die Waffe sendet elektromagnetische Energie in einem Strahl aus, der die Hautoberfläche des Getroffenen schnell erwärmt. Innerhalb weniger Sekunden empfinde die getroffene Person einen Schmerz, der ähnlich sei wie beim Anfassen einer heißen Glühbirne. Ein Prototyp soll in den nächsten Monaten an Ziegen und Menschen getestet werden.

... und vielleicht ist die Erde eine Scheibe

Der neue US-Präsident George W. Bush gab bekannt, dass er nicht beabsichtigt, das klimaschädliche Kohlendioxid zu reduzieren. Als Grund gab Bush die Schwierigkeiten der Stromkonzerne an, die Senkung des Schadstoffausstoßes zu erreichen.

Zudem zweifelt Bush an den wissenschaftlichen Beweisen für einen Zusammenhang zwischen Klimawandel und Kohlendioxidausstoß. Wer weiß, vielleicht ist zwei plus zwei fünf und die Erde eine Scheibe...

Seattle, Melbourne, Neapel

Am 17. März reihte sich Neapel in die Zentren internationaler Proteste gegen die Institutionen des Kapitals ein. 30.000 DemonstrantInnen aus Italien und mehreren anderen Ländern brachten ihren Unmut über Globalisierung und Neoliberalismus zum Ausdruck. Anlass war eine Fachtagung des Global Forums zum Thema Internet und Regierung, an der Manager und Minister aus allen Teilen der Welt zugegen waren.

40 Milliarden Dollar

Laut UN-Bericht von 1998 würden 40 Milliarden Dollar ausreichen, um allen Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser, sanitären Einrichtungen, Gesundheitsversorgung und Bildung zu ermöglichen. Das sind weniger als 4 Prozent des Vermögens der 225 reichsten Personen weltweit.



Mitglieder der Socialist Party in London bei einer Protestaktion gegen den Ausverkauf städtischer Wohnungen

Sozialismus Tage 2001

Theorie und Praxis für den globalen Widerstand



Berlin 13. bis 15. April

Alte Feuerwache
Axel-Springer-Str. 41
(U 2 bis Spittelmarkt oder
Bus 129, 240 bis Oranien-
str./Lindenstr.)

Infos & Anmeldung:
info@sav-online.de
oder 030 / 24 72 38 02

Kosten:
Die Karte für das
ganze Wochenende
kostet 25,- Mark
Tageskarten:
Freitag 7,- Mark
Samstag 10,- Mark
Sonntag 10,- Mark

Freitag, den 13. April um 19.00 Uhr

Seattle, Prag, Nizza
– vom Protest zur Revolution?

Es sprechen:

- ★ Peter Taaffe, Socialist Party, England/Wales
- ★ Karl Debbaut, Militant Links, Belgien
- ★ Ariel Gottlieb, Maavak Sozialisti, Israel

Samstag und Sonntag ab 10.00 Uhr

Diskussionen zu:

- ★ **Stoppt Nazis und Rassisten - aber wie?**
– Debatte zwischen SAV und autonomer Antifa (angefragt)
- ★ **Ché und Kuba heute**
- ★ **Wie eine sozialistische Kraft aufbauen?**
– Debatte zwischen SAV und Linksruck
- ★ **Krise im Nahen Osten**
– Israelische SozialistInnen berichten
- ★ **Frauenprogramm der SAV**

... sowie weitere Veranstaltungen, Filme und eine Party am Samstagabend

Die Sozialismus-Tage 2001 – ein Wochenende voller Diskussionen, Informationen und Debatten mit Aktivistinnen und Aktivisten der Jugend-, Frauen- und Gewerkschaftsbewegung. Alle, die sich mit den bestehenden Verhältnissen nicht abfinden können und wollen, sind eingeladen mitzudiskutieren und aktiv zu werden. Komm hin und misch Dich ein!

Castor-Transporte Größte anzunehmende Verarschung

Die rot-grüne Bundesregierung hat in ihrer Vereinbarung mit der Atomindustrie zugesichert, dass „der ungestörte Betrieb der Kernkraftwerke wie auch deren Entsorgung gewährleistet werden“. Um die „ungestörte Entsorgung“ zu garantieren, gehen die Regierungs-Grünen noch härter gegen Castor-GegnerInnen vor als 1997 die CDU. Das Demonstrationsrecht wurde in weiten Teilen des Wendlands aufgehoben, die Polizei mit neuen und zusätzlichen Wasserwerfern und Radpanzern aufgerüstet. Adi Lambke, der beim letzten Castor-Transport vor laufenden Kameras von der Polizei aus seinem Traktor gezerrt und zusammengeschlagen wurde, sagte dazu: „Der Polizeieinsatz ist deutlich aggressiver als jeder vorher unter der schwarzen Regierung.“ Camps wurden verboten und geräumt, um Castor-GegnerInnen bei Frost-Wetter den Aufenthalt vor Ort unmöglich zu machen. Mutige Schüle-

rInnen besetzten daraufhin ihre Schulen und beschafften so Unterkunft für DemonstrantInnen.

An der Auftakt demonstration in Lüneburg beteiligten sich 16.000 Menschen, am folgenden Tag waren es noch ein Mal 5.000. Die Stimmung war kämpferisch. Als ein Sprecher erklärte, dass bereits die französische Anti-AKW-Bewegung die Transporte blockieren wird, brannte Jubel auf. Es war klar, dass der Kampf gegen die Atommafia ein internationaler ist. Beeindruckend war die Entschlossenheit, sich den Transporten entgegenzustellen und Konsequenzen zu ertragen. Jochen Stay, Sprecher von X-1000-mal-quer: „Sie wollen uns testen, also sorgen wir dafür dass das Testergebnis eindeutig ausfällt.“

Mindestens 30.000 Polizisten wurden von der Regierung eingesetzt, davon die Hälfte im kleinen Wendland. Zum Vergleich: im



Anti-Castor-Demonstration am 24. März in Lüneburg: Die SAV war mit rund 80 Mitgliedern vor Ort, stellte einen lebendigen Block und konnte 150 Zeitungen verkaufen. Mehr als 20 Leute wollen mit der SAV über weitere Zusammenarbeit diskutieren

vom Krieg und Bürgerkrieg zerrissenen Kosova, zehnmal größer als das Wendland, hat die KFOR 40.000 Soldaten stationiert.

Das ganze Gerede vom Ausstieg ist eine Lüge. Die zum Widerstand entschlossenen DemonstrantInnen aus dem Wendland und aus allen Teilen Deutschlands wissen das. Der Protest gegen die Castor-Transporte könnte zehnmal und hundertmal so groß sein, wenn es heute eine starke Partei gäbe, die die Lügen der Regierungs-Grünen entlarven und bundesweit gegen Castor-Transporte und Atomkraftwerke mobilisieren würde. Die meisten Leute wissen zum Beispiel heute nicht, dass nicht nur Castortransporte von La Hague nach Gorleben rollen. Gleichzeitig wird der Transport von neuem Atom Müll aus deutschen Kernkraftwerken nach La Hague wieder aufgenommen. Dort werden daraus neue Brennelemente für deutsche Kernkraftwerke gemacht. Die meisten wissen auch nicht, dass in der Vereinbarung mit der Atomindustrie überhaupt kein Datum genannt wird, wann das erste und wann das letzte Atomkraftwerk abge-

schaltet werden soll.

Dass die Grünen die Lüge vom Ausstieg verbreiten, dass sie mit Polizeiknüppeln gegen Castor-GegnerInnen vorgehen und sich dann auch noch bei den Demos im Wendland blicken lassen, ist an Dreistigkeit einfach nicht mehr zu überbieten. Claudia Roth und Kerstin Müller wurden konsequenterweise mit „Verräter! Verräter!“-Rufen empfangen.

Die SAV hat zu den Anti-Castor-Demos mobilisiert und sich an den Blockaden beteiligt.

Unser Anti-Atom-Programm lautet: Alle AKWs sofort abschalten, Atomindustrie enteignen, für eine demokratisch geplante Energieversorgung auf Grundlage erneuerbarer Energien.

Die SAV fordert jede und jeden auf, gemeinsam mit uns eine sozialistische Alternative aufzubauen, eine Alternative zu der grünen Atompartei, zur lebensbedrohenden Atomkraft und eine sozialistische Alternative zu dem Wahnsinn des kapitalistischen Profitsystems. ■

Kölner SAV-Mitglieder aktiv gegen die Atompolitik beim alternativen Geisterzug während des Kölner Karnevals im Februar



Lebendige Diskussionen auf der Jugendkonferenz der SAV Aachen

Unter dem Motto „Es reicht, wir müssen unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen!“ haben wir von der Aachener SAV am 10. März unsere zweite Jugendkonferenz veranstaltet, zu der ungefähr 50 Jugendliche (davon 7 aus Heinsberg) erschienen, um über Themen wie Atomkraft und Castor-Transporte, BSE und Ernährung, Sexismus und Schönheitswahn, sowie über Alternativen zum täglichen Irrsinn des Kapitalismus zu diskutieren. Verstärkt wurden wir dabei durch einige GenossInnen aus Köln und von zwei jungen GenossInnen von unserer belgischen Sektion.

Höhepunkt war jedoch die Abenddiskussion, bei der es um die Frage ging, welche Alternative(n) es zu diesem System gibt. Bei der Diskussion, zu der viele neue Leute hereinströmten, diskutierten wir über die

Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Sozialismus und Anarchismus, wobei unter anderem wichtige Fragen wie Parlamentsarbeit, Teilnahme an Wahlen und die Frage der Übergangsgesellschaft nach der Revolution mit einigen Gästen kontrovers diskutiert wurden.

Die anschließende Party „United Against Capitalism“, bei der etwa 80 Leute waren, dauerte bis spät in die Nacht an. Auf ihr gab es bei reichlich Getränken und Musik noch genug Gelegenheiten für politische Gespräche in lockerer Atmosphäre. Obwohl wir am Abend wohl alle ein wenig müde waren, ebten die Stimmung und der Elan der jungen GenossInnen in keiner Weise ab.

Marcus Hesse, Heinsberg

Angriff auf Engelhardt vorerst abgeschmettert

Das Studentenwerk Aachen versucht den langjährigen Personalratsvorsitzenden Manfred Engelhardt und Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Personalräte der Studentenwerke in NRW loszuwerden. Engelhardt ist durch seinen erfolgreich organisierten Widerstand gegen Privatisierung und Stellenabbau der Landesregierung und den Studentenwerken ein Dorn im Auge. Zwei Kündigungen waren bereits vor dem Verwaltungsgericht fehlgeschlagen. Nun ist auch am 8. März vor demselben Gericht der Versuch der Geschäftsführung, ihn aus dem Personalrat zu werfen, gescheitert. Auch die entlassenen drei StudentInnen

werden ihre Prozesse – wie es aussieht – gewinnen: Conny wurde bereits auf ihren Wunsch vom Gericht eine Abfindung zu gesprochen, weil die Verträge des Studentenwerks für Studentische Hilfskräfte gelinde gesagt gesetzeswidrig sind. Dirk und Norbert klagen auf Wiedereinstellung und werden auch am 11. April den Gerichtssaal als Sieger verlassen. Das wird sicherlich das Ansehen der SAV und des Solikomitees unter den StudentInnen massiv steigern. Solidaritätsaktionen werden aber solange anhalten, bis die Berufung der Geschäftsführung in Sachen Kündigung von Engelhardt vom Tisch ist. ■

Nachrichten aus der Internationale

Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI – Committee for a Workers International). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das CWI hat Parteien und Gruppen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Ukraine

Ausgelöst durch die Ermordung des Journalisten Georgij Gongadze, der Nachforschungen in Sachen Korruption anstellte, wird die Ukraine von der größten Protestbewegung seit zehn Jahren erschüttert. Zentrale Forderung ist der Rücktritt vom Präsidenten Kutschma. Die Wut der DemonstrantInnen richtet sich nicht nur gegen Filz und Vetternwirtschaft, sondern auch gegen die Folgen der Privatisierung und die heutigen Machtstrukturen. Kutschma selber stand an der Spitze von einem der größten Konzerne und begünstigt weiter die Chefetagen.

In die Demozüge mischten sich auch mehrfach faschistische Kräfte, die bewaffnet agierten, und verschiedene linke AktivistInnen verletzten. Unter den Opfern war auch das CWI-Mitglied Witalij Ploschkin, der eine Woche im Krankenhaus versorgt werden musste. Die CWI-Sektion in der Ukraine setzt sich bei den anderen linken Parteien dafür ein, dass eine Einheitsfront gebildet wird, die gegen die faschistische Bedrohung vorgeht.

Nigeria

An der Universität von Ibadan gibt es Angriffe der Unileitung gegen Studierendenaktivisten. Im Auftrag der Leitung wurden der führende Studierendenvertreter Ibrahim Lawal, Wale Eleto (Generalsekretär der dortigen Studentengewerkschaft), beide Mitglieder der Democratic Socialist Movement, und Akeem Lawal (Präsident der Studierendenvertretung) schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Ihr Zustand ist kritisch. Seit Januar sind neben ihnen 43 Studierende, die aufgrund ihres Engagements gegen Bildungsabbau der Hochschule verwiesen wurden.

Die Solidaritätskampagne hat weltweit Unterstützung. CWI-Mitglieder in Brasilien konnten erreichen, dass vom 2.000 Personen starken Jugendcamp im Rahmen des Weltsozialforums von Porto Alegre aus eine Protestresolution gegen die Repressalien von Studierenden und DSM-Mitgliedern verabschiedet wurde.



Adresse:
CWI, PO Box 3688,
London E11 1YE, GB
Tel.: 0044 20 8558 5814
Fax : 0044 20 8988 8793

Die Nazis können gestoppt werden!



In den letzten Wochen und Monaten ist kaum ein Wochenende vergangen, an dem die Nazis nicht in irgendeiner Stadt marschiert sind. Die Aufmärsche werden hauptsächlich von den „Freien Kameradschaften“ und von dem führenden Neonazi Christian Worch (Aktionsbüro Norddeutschland) organisiert. Die Faschisten wollen mit ihren Aufmärschen Stärke demonstrieren und ImmigrantInnen und Linke einschüchtern. Jedes Mal sind diese zuerst verboten und dann von den jeweils zuständigen Oberverwaltungsgerichten genehmigt worden. Das zeigt deutlich, dass wir kein Vertrauen in Staat, Polizei und Justiz haben dürfen, oder auf ein NPD-Verbot warten können, sondern dass es unsere Aufgabe ist, die Faschisten zu stoppen.

Von Olaf van Aken, Aachen

In vielen Städten sind die Naziaufmärsche auf massiven Widerstand gestoßen: mehrere tausend ArbeiterInnen und Jugendliche haben gegen die Nazis demonstriert. Auch wenn es die Polizei bis auf wenige Ausnahmen geschafft hat, den Nazis den Weg frei zu knüppeln und der Staat mit allen Mitteln versucht, AntifaschistInnen zu kriminalisieren und einzuschüchtern: immer mehr ArbeiterInnen und Jugendliche lehnen die heuchlerischen Zivilcourage-Appelle der etablierten Politiker ab, verstehen die wahre Rolle des Staatsapparates und beteiligen sich an den linken Gegendemonstrationen zur Verhinderung der Naziaufmärsche. Weitere sind schon angekündigt: für den Ostermontag hat Worch eine Demonstration in Hagen angemeldet und die NPD ruft am 1. Mai zu einem Aktionstag unter dem Motto „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ in Berlin und vier weiteren Städten auf. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, linker und antifaschistischen Organisationen und Gruppen auf diese Provokation zu reagieren und die Nazis an unserem Tag, dem Tag der Arbeit, aus den Städten zu vertreiben.

Brandstifter in Schlips und Kragen

Vor den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg hatte die CDU, wie schon so oft, eine nationalistische Kampagne gestartet. CDU-Generalsekretär Meyer prangerte den mangelnden Nationalstolz von Bundespräsident Rau an und be-

tonte den seinigen: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein.“ Daraufhin warf Umweltminister Trittin ihm die Mentalität eines Skinheads vor und die CDU Rheinland-Pfalz startete eine landesweite Unterschriftenkampagne gegen Trittin und für Nationalstolz. Für die faschistische NPD war dies ein gefundenes Fressen: sie haben sich an der Kampagne beteiligt und an den Wahlkampfständen der CDU „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“-Aufkleber verteilt. Die CDU schürt mit dieser Kampagne, genau wie mit den vorherigen „Das Boot ist voll“, „Kinder statt Inder“ etc. ein rassistisches und nationalistisches Klima, ermutigt die Faschisten und ist somit direkt für den Naziterror mit verantwortlich.

Keinen Fußbreit den Faschisten

Obwohl jeder Naziaufmarsch von massiven Polizeiaufgeboten geschützt wurde, ist es AntifaschistInnen einige Male gelungen, Aufmärsche zu verhindern. Bei der ersten „Köln stellt sich quer“-Demonstration 1999 sorgten 5.000 AntifaschistInnen dafür, dass die Nazis keinen Meter marschieren konnten. Es kam dabei auch zu einem unsachgemäßen Einsatz von Eiern und Gemüse. Im Frühjahr letzten Jahres verhinderten 5.000 AntifaschistInnen, darunter auch viele Gewerkschafter, einen NPD-Aufmarsch in Göttingen.

In Herzogenrath und Kerkrade (Niederlande), Region Aachen, haben sich am 24.3.01 4.000 niederländische und deutsche AntifaschistInnen den Faschisten erfolgreich in den Weg gestellt. In Herzogenrath hatten sie gar keine Schnitte und in Kerkrade sind die 80 deutschen und niederländischen Nazis unter Polizeischutz nach kurzer Kundgebung und Demoroute in eine andere Kleinstadt eskortiert worden (Neonaziführer Malcoci hatte 400 angekündigt). Alle TeilnehmerInnen an der antifaschistischen Demonstration waren sowohl von dem internationalem Charakter als auch von dem großen Erfolg der Demo begeistert. Viele Jugendliche waren zum ersten Mal auf einer Demo und haben gesehen, dass man trotz großen Polizeiaufgebots die Nazis zurückschlagen kann, und dass diese nur eine verschwindend kleine Minderheit in der Gesellschaft darstellen. Die SAV Aachen hatte maßgeblichen Anteil an der Mobilisierung und an dem erfolgreichen Ablauf der Demonstration.

Kein Vertrauen in Staat, Polizei und Justiz

Letztendlich ist eine Massenmobilisierung der Arbeiterklasse nötig, um die faschistischen Organisationen und Strukturen zu zerschlagen. Nötig sind direkte Aktionen gegen rechte Aufmärsche, Parteizentralen, Clubs und Treffpunkte, mit dem Ziel, das Auftreten der Nazis zu verhindern und ihre Stützpunkte zu schließen.

Eine zentrale Rolle im Kampf gegen Rassismus und Faschismus müssen die Gewerkschaften spielen. Sie organisieren acht Millionen ImmigrantInnen und Deutsche, in den Betrieben ist die Einheit am stärksten. Wenn die DGB-Führung eine energische Kampagne zur Information der Mit-

glieder führen und Mobilisierungen gegen sämtliche Nazi-Aktivitäten durchführen würde, könnten diese zurückgeschlagen werden. Gleichzeitig müssten politische Alternativen zum sozialen Kahlschlag der rot-grünen Bundesregierung aufgezeigt werden. Denn es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus und faschistische Organisationen. ImmigrantInnen werden von den Herrschenden immer wieder zu Sündenböcken gemacht, um zu verhindern, dass ausländische und deutsche ArbeiterInnen und Jugendliche sich gemeinsam gegen die Folgen des Kapitalismus zur Wehr setzen und auf die Idee kommen, dieses menschenverachtende System insgesamt in Frage zu stellen.

Weder in Deutschland noch interna-

tional gibt es im Moment eine starke, linke Partei, die dem Rassismus und den faschistischen Organisationen etwas entgegensetzt und konsequent für die Interessen von ArbeiterInnen und Jugendlichen kämpft. Die SAV tritt für den Aufbau einer solchen Partei, einer neuen Arbeiterpartei, ein und unterstützt jeden Ansatz in diese Richtung. Letztendlich ist jedoch eine sozialistische Massenpartei nötig, die den Kapitalismus abschafft. Der beste Kampf gegen Rassismus und Faschismus ist der Kampf für eine sozialistische Demokratie, in der nicht Profitmaximierung, sondern die Interessen und Bedürfnisse der ArbeiterInnen und Jugendlichen entscheidend sind.

Wir fordern:

- ☛ Verhinderung von faschistischen Aktivitäten und Aufbau eines effektiven Selbstschutzes durch Gewerkschaften, ImmigrantInnenverbänden, antifaschistischen Organisationen und linken Parteien
- ☛ Keine Vermietung öffentlicher Straßen, Räume und Plätze für Nazis
- ☛ Statt Rassismus: Arbeit und gleiche Rechte für alle
- ☛ Gemeinsamer Kampf von deutschen und nichtdeutschen ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau
- ☛ Bekämpfung der Fluchtursachen nicht der Flüchtlinge; Schluss mit Waffenexporten, Enteignung der Rüstungskonzerne, Verstaatlichung der Banken unter Arbeiterkontrolle und Verwaltung und Streichung aller Schulden der Länder der „Dritten Welt“

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

JA, ich möchte die VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ DM bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen

Name, Telefon

Adresse